

Stenographisches Protokoll.

13. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

IV. Gesetzgebungsperiode.

Dienstag, 10. Februar 1931.

Inhalt.

Personalien: Abwesenheitsanzeigen (285).

Zuschrift des Bundesfinanzministeriums: Mitteilung gemäß § 10 des Erdölförderungsgesetzes vom Jahre 1929, daß im zweiten Halbjahre 1930 Ansuchen um Abgabefreiheit nicht überreicht, daher auch keine Befreiungen gewährt wurden — Finanz- und Budgetausschuß (285).

Zuschrift des Bundesministeriums für Handel und Verkehr: Vorlage eines Exemplars der „Statistik des Außenhandels Österreichs im Monate Dezember 1930“ (285).

Regierungsvorlage: Abänderungen des Postsparkassengesetzes (I. Novelle zum Postsparkassengesetz) (B. 64) (285) — Finanz- und Budgetausschuß (311).

Verhandlung: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 1), betr. den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1931 (B. 39) — Generaldebatte — Generalberichterstatter Dr. Weidenhoffer (285), Dr. Bauer (288), Kolmann (300), Neustädter-Stürmer (302), Thoma (305), Dr. Hueber (308), Manhalter (309).

Ausschüsse: Wahl Markschläger als Mitglied und Leskovar, Dr. Drexel, Dr. Stögner und Dr. Kolb als Ersatzmänner des Finanz- und Budgetausschusses an Stelle Wiesmaier, beziehungsweise Hollersbacher, Schmidt, Brinnich und Gangl (311).

Verteilt wurden:

Regierungsvorlage B. 64.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses B. 39.

Tagesordnung: Bundesvoranschlag und Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1931 (B. 39).

Präsident **Eldersch** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Min. nachm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 6. Februar als genehmigt.

Strohmaier und Kern sind krank gemeldet, Dr. Schuschnigg und Sylvester entschuldigt.

Gemäß § 10 des Bundesgesetzes vom 17. Jänner 1929, B. G. Bl. Nr. 75 (Erdölförderungsgesetz vom Jahre 1929), teilt das Bundesministerium für Finanzen mit, daß im zweiten Halbjahr 1930 Ansuchen um Abgabefreiheit nicht überreicht und daher auch keine Befreiungen auf Grund des angeführten Gesetzes gewährt wurden. Diese Zuschrift wird dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

Das Bundesministerium für Handel und Verkehr stellt ein Exemplar der „Statistik des Außenhandels Österreichs im Monate Dezember 1930“ zur Verfügung. Dieses Exemplar wurde der Bibliothek des Nationalrates übermittelt, wo es von den Mitgliedern des hohen Hauses eingesehen werden kann.

Eingelangt ist eine Regierungsvorlage über Änderungen des Postsparkassengesetzes (I. Novelle zum Postsparkassengesetz) (B. 64).

Es wird zur Tagesordnung übergegangen, das ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 1): Bundesgesetz, betr. den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1931 (B. 39).

Generalberichterstatter Dr. **Weidenhoffer:** Hohes Haus! Der Budgetausschuß hat den ihm vorgelegenen Bundesvoranschlag samt dem Finanzgesetz in 15 tagigen Sitzungen beraten. Im Verlauf dieser Beratung wurden sämtliche Ansätze und alle Zweige der Verwaltung eingehend beleuchtet und eingehend kritisiert. Das Ergebnis der dadurch gewonnenen Einsichten ist die Feststellung, daß die Zeit eines ausgeglichenen Voranschlages für Österreich vorläufig vorbei ist. Auch die in den verfloßenen Jahren immer mit Recht gehegte Erwartung, daß die Gebahrung sich noch bedeutend aktiver gestalten werde als der Voranschlag, auch diese Hoffnung kann nicht mehr gehegt werden.

Es ist daher meine vornehmste Pflicht, auf den außerordentlichen Ernst der Lage der Bundesfinanzen nachdrücklichst hinzuweisen. Ich begrüße es sehr, daß sich auch die Regierung nicht gescheut hat, durch den Mund des Bundesfinanzministers Dr. Tsch am 5. Februar im Budgetausschuß unumwunden zu erklären, daß sie mit einem Abgang für das Finanzjahr 1930 bereits rechnet. Denn Aufrichtigkeit in allen diesen Dingen ist die erste Bedingung, um die Grundlagen für irgendeine Besserung zu schaffen. Es war der Herr Finanzminister aufrichtig genug, zu sagen, daß der Verfall der Steuereingänge und aller übrigen öffentlichen Abgaben in den letzten Monaten des Jahres 1930 ein derartiger war, daß, wenn man mit solchen Ausfällen schon im ersten Halbjahr 1930 hätte rechnen können und rechnen müssen, wahrscheinlich die Ansätze des Budgets für 1931 sowohl in den Ausgaben wie in den Einnahmen anders ausgefallen wären. Er teilte mit, daß selbst die Ein-

nahmen des Tabakmonopols, also dieser bisher immer unerschütterten Grundsäule unseres Budgets, in den letzten Monaten des Jahres 1930 unter die im Voranschlag für 1930 eingesetzten Positionsziffern gesunken sind.

Natürlich ist der Ausgangspunkt und die Ursache all dieser Verfallserscheinungen die Weltwirtschaftskrise. Allein der Hinweis auf diese Krise kann keine Beruhigung bieten, im Gegenteil, der Hinweis auf diese Krise allüberall in der Welt ist ein besonderes Moment der Beunruhigung. Wären die Depressionserscheinungen etwa auf Österreich allein beschränkt, nun, dann könnte man eher noch die Hoffnung hegen, daß wir sie überwinden werden; so aber müssen wir uns in das allgemeine Schicksal einfügen und müssen uns zwangsläufig nach dem Gang der Ereignisse richten.

Es werden allerhand Rezepte zur Überwindung der Krise und zur Überwindung auch der ungünstigen Erscheinungen in unserem Budget geboten. Rezepte, die häufig dahin lauten, man möge die Ausgaben steigern und möge den Konsum fördern, und man werde durch eine derartige Steigerung der Ausgaben und Förderung des Konsums die Krise in der Wirtschaft und damit auch die Krise im Haushalt überwinden. Verehrte Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich von meinem Standpunkt aus dieses Rezept für unheilvoll halte und erkläre: Geordnete Finanzen, das heißt ein Zustand, in dem die Einnahmen die Ausgaben übersteigen, sind die Grundlage jeder Wirtschaft. Wer gegen diesen Grundsatz, daß die Finanzen geordnet sein müssen, verstößt, wer also mehr ausgibt, als er einnimmt, der zehrt eine Zeitlang an der Substanz, und der unvermeidliche Ausgang, das unvermeidliche Ende ist selbstverständlich der Zusammenbruch.

Wir müssen leider bei unboreingenommener und nüchterner Betrachtung des Ganges der Wirtschaft besorgen, daß die Einnahmenseitige, die unser Budget enthält, auf der ganzen Linie nicht werden erreicht werden. Ich begrüße es daher sehr, daß die Regierung durch den Mund des Herrn Finanzministers eben in jener Sitzung des Budgetausschusses vom 5. Februar, von der ich schon früher sprach, sich nicht damit begnügte, auf die Verfallserscheinungen hinzuweisen und einen passiven Rechnungsabluß für das Jahr 1930 schon ins Auge zu fassen, sondern daß sich der Herr Finanzminister damals auch zur Auffassung bekannte, daß die Dotierung der Ausgaben auch im Budget für das Jahr 1931 von der Regierung nicht anders aufgefaßt wird, als eine Ermächtigung, bis zu dieser äußersten Grenze in den Ausgaben zu gehen, daß aber die Regierung alles daransetzen werde, unter diesen Ansätzen zu verbleiben. Er sagte ausdrücklich: Eine passive Gestaltung unserer Rechnungsbilanz für den Bund, so wie sie für das Jahr 1930 voraussichtlich zu er-

warten ist, darf sich nie mehr wiederholen, und wir müssen aus dem Jahre 1931 wiederum mit einer aktiven Bilanz hinausgehen.

Es ist vielfach auch die Frage erörtert worden, warum nicht der Budgetausschuß selbst bereits gewisse Abstriche an dem Budget für das Jahr 1931 vorgenommen habe, und es wurde vielfach dazu geraten, man möge das tun. Nun, meine verehrten Damen und Herren, die Aufstellung eines Staatsvoranschlages ist eine sehr langwierige und komplizierte Sache, die viele Monate in Anspruch nimmt, bevor der Bundesvoranschlag reif ist, vorgelegt zu werden. Für den Budgetausschuß, der 15 Sitzungen der Beratung des Voranschlages widmen konnte und nicht mehr, ist es nahezu unmöglich, in dem komplizierten Zifferngebäude nimmehrer auf gut Glück mehr oder weniger namhafte Abstriche zu machen. Abstriche können nur systematisch gemacht werden, unter steter Bedachtnahme auch darauf, wie sich die Einnahmen, die Eingänge voraussichtlich gestalten werden. Wollte man also nicht großes Unheil anrichten, wollte man nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, so konnte man auf derartige Anregungen nicht eingehen und mußte sich damit begnügen, daß wir uns einer Regierung gegenüber sehen, die offenbar alles daransetzen will, wie uns der Herr Finanzminister versicherte, das Jahr 1931 trotz allen widrigen Verhältnissen aktiv zu beschließen.

Niemanden kann es verwundern, daß die öffentliche Meinung nach Abstrichen des Budgets, nach einer Verminderung der Ziffern des Voranschlages ruft. Um Ihnen das noch einmal deutlich vor Augen zu stellen, will ich nur darauf hinweisen, daß sich die Ausgaben des Bundes seit dem Jahre 1923, also seit der Erlangung der Stabilität unserer Währung, verdoppelt haben. Seit dem Jahre 1925 sind sie von 1320 Millionen Schilling auf 2136 Millionen Schilling im Jahre 1931 angewachsen; sie sind also um mehr als 61 Prozent, sie sind in den verflossenen sechs Jahren jährlich um nicht weniger als 10 Prozent gestiegen. Es kann uns daher nicht wundernehmen, daß sich die öffentliche Meinung vielfach mit all diesen Ziffern und mit den enormen Gefahren, die in ihnen stecken, beschäftigt und den Ruf erhebt, es möge ein Normalbudget als Höchstbudget aufgestellt werden, und von diesem Normalbudget möge alljährlich ein Abstrich zwangsläufig schon von vornherein ins Auge gefaßt werden, bis man auf eine erträgliche Höhe unserer Ausgaben kommt.

Ich will all dies erwähnen, ohne zu diesen Gedanken jetzt schon in der Weise Stellung zu nehmen, daß ich erklären würde, eine derartige Aufstellung eines Normalbudgets mit zwangsläufigen Abstrichen sei mein Programm. Daß jedenfalls die Senkung der Steuern und damit naturgemäß verbunden die Senkung unserer Ausgaben dringend ist, bedarf wohl keiner neuerlichen Unterstreichung. Ob sie

möglich ist, das werden wir uns fragen, darum werden wir uns bemühen. Aber wer mit unserem österreichischen Verwaltungsapparat öfter in Berührung steht, wer die Teilhefte zum Bundesvoranschlag nur einigermaßen studiert, wer den Dienstpostenplan in die Hand genommen und ihm einige Beachtung geschenkt hat, der wird zu der Überzeugung gekommen sein, daß es bei uns doch eine gewaltige Verwaltungshypertrophie gibt und daß wir uns vielfach Aufgaben setzen, die in einem Mißverhältnis zu der Leistungsfähigkeit unseres Vaterlandes stehen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch darauf verweisen, daß jeder Abbau von Lasten in personeller Beziehung ja schon mit der Schwierigkeit zu kämpfen hat, daß wir es nahezu ausschließlich mit pragmatisierten öffentlichen Angestellten zu tun haben, die ein verbrieftes Recht nicht nur auf Befoldung, sondern auch auf ihre Vorrückungsverhältnisse, auf ihre Altersversorgung usw. haben. Nun kann aber niemand bezweifeln, daß es auch im öffentlichen Verwaltungsdienste häufig Aufgaben gibt, die nur vorübergehenden Charakter haben und die also sehr gut von Vertragsbeamten erfüllt werden könnten, die dann keine derartigen pragmatisierten Rechte hätten und mit denen zu verwalten, wenn ich mich so ausdrücken soll, handlicher und sparsamer wäre als mit durchwegs pragmatisierten Angestellten. Ob also nicht das System des Vertragsbeamtentums viel mehr in unserer öffentlichen Verwaltung herangezogen werden sollte, diese Frage will ich nur aussprechen und anregen. Vielleicht ergibt sich aus der Diskussion eine Möglichkeit, wie man sich über diese Frage näher orientieren und zu ihr einstellen könnte.

Wenn ich von der bedrohlichen Lage unserer Finanzen spreche, kann ich an zwei Voranschlägen von Betrieben nicht vorübergehen, ohne sie ausdrücklich zu erwähnen. Das ist erstens der Voranschlag der Bundesbahnen. In dem Voranschlag der Bundesbahnen wird mit einem Gebärungsabgang von 27·8 Millionen Schilling gerechnet. Dieser Gebärungsabgang wird auf dem Papier dadurch ausgeglichen, daß der Bund den Ertrag der Eisenbahnverkehrssteuern den Bundesbahnen überläßt und bloß 1 Million als Überschuß und Einnahme in das Budget einstellt. Nun entsteht naturgemäß für jeden, der die Ausweise über die Frequenz sowohl im Personenverkehr wie im Frachtenverkehr auf den Bundesbahnen mit steigender Besorgnis von Monat zu Monat liest, die Frage: Werden die präliminierten Einnahmen im Jahre 1931 eingehen? An präliminierten Einnahmen im Betriebsvoranschlag figuriert die Summe von 637 Millionen gegen 621·3 Millionen im Jahre 1930. Nun zeigen aber die Ausweise für das Jahr 1930 schon einen Ausfall von so gewaltiger Höhe, daß sicherlich die Betriebs-einnahmen, die für das Jahr 1930 präliminiert

waren, bei weitem nicht erreicht werden. Wie sollen dann die noch um 16 Millionen höher präliminierten Einnahmen des Jahres 1931 erreicht werden? Wir müssen uns aber auch weiter fragen: Werden die Eisenbahnverkehrssteuern im bisherigen Maß einfließen? Wenn der Verkehr in einer so katastrophalen Weise zurückgeht, ist auch das nicht zu erwarten. Und wenn es nicht zu erwarten ist, dann wird die Überlassung dieser Einnahmen, die Überlassung des Ertrages der Eisenbahnverkehrssteuern nicht jene Summe ausmachen, die präliminiert ist und die zur Deckung des Gebärungsabganges von 27·8 Millionen dienen soll. Wenn also diese ungünstigen Ereignisse eintreten, was wird dann geschehen? Welches neue Loch wird dann selbstverständlich in das Gleichgewicht der Gebärung im Bundeshaushalte Österreichs gerissen werden?

Und ein zweites Schmerzenskind von viel geringerem Umfange und daher von weitaus geringerer Bedeutung sind die Bundesforste. Aber auch hier müssen wir uns vergegenwärtigen, daß schon im Jahre 1930 ein Defizit von 0·1 Millionen Schilling veranschlagt war und daß dieses veranschlagte Defizit, das zweifellos auch im Jahre 1930 bedeutend größer war, wie uns ja wahrscheinlich der Rechnungsabschluß belehren wird, für das Jahr 1931 mit 2·5 Millionen Schilling veranschlagt ist. Wir müssen uns daher fragen, wie bei der gegenwärtigen Marktlage für Holz sich diese Ziffern werden erreichen lassen und ob auch diese Ziffern nicht allzu sehr auf Sand aufgebaut sind.

Im Kapitel „Soziale Verwaltung“ ergibt sich eine Steigerung des Nettoaufwandes um 25·5 Millionen Schilling gegenüber dem Jahre 1930. Aber schon im Jahre 1930 war er bekanntlich sehr hoch. Die Regierung sieht die Gefahren, die für den gesamten Bundeshaushalt aus diesem Kapitel drohen, und hat daher wiederholt angekündigt, daß sie eine Sozialversicherungs-Novelle vorbereite, die eine budgetäre Erleichterung bringen soll. Sie wissen alle, daß das eine der nächsten und wichtigsten Aufgaben unserer Tätigkeit sein wird.

Auf der Seite der Einnahmen will ich, nachdem ich eingangs meiner Ausführungen im allgemeinen gesagt habe, es sei sehr zu befürchten, daß die Einnahmen in keinem Kapitel erreicht werden, auf eine Post besonders hinweisen, nämlich auf die Zölle. Hier wird mit einer Mehreinnahme von 49 Millionen im zweiten Halbjahr des laufenden Jahres gerechnet. Hier ist als Grundlage der Berechnung angenommen, daß der Staatsschatz mindestens auf jene Eingänge rechnen kann, die der im Jahre 1930 zustande gekommenen Vereinbarung mit Ungarn entsprechen. Ich hebe diese Post besonders hervor, weil es trotz der Beträge, die in dieser Post voraussichtlich wirklich einfließen werden, doch für die angespannte Lage unseres Budgets be-

zeichnend ist, daß man auf die Einstellung derartiger Einnahmen angewiesen ist, um überhaupt eine Balance herbeizuführen.

Wenn ich Sie nun noch rasch mit den wichtigsten Ziffern in den Anhängen des Finanzgesetzes vertraut machen soll, so will ich hervorheben, daß die laufende Gebarung mit Ausgaben von 2136·8 Millionen Schilling rechnet, denen Einnahmen von 2172·5 Millionen Schilling gegenüberstehen, so daß wir einen Überschuß der laufenden Gebarung in der Höhe von 35·7 Millionen Schilling sehen.

Das Investitionserfordernis ist mit 171·6 Millionen Schilling vorgesehen, wovon 136·1 Millionen, die auf Eisenbahnen und Post entfallen, aus dem Erlös der internationalen Bundesanleihe gedeckt werden können, während das restliche Investitionserfordernis von 35·5 Millionen Schilling seine Bedeckung im Überschuß der laufenden Gebarung findet, der somit fast zur Gänze für Investitionsausgaben gebunden ist. Auch das ist ein Fingerzeig dafür, wie außerordentlich angespannt unser Budget ist und wie man sich bemüht hat, eine Deckung zu finden, wo immer sie nur zu finden ist, und zwar in einer Art und Weise, die sonst auch bei uns, als wir noch in besseren Verhältnissen lebten, nicht üblich war.

Im Vergleich zum Voranschlag für das Jahr 1930 ergibt sich in der laufenden Gebarung eine Steigerung bei den Ausgaben um 188·2 Millionen Schilling und bei den Einnahmen um 191·7 Millionen Schilling. Vergleichen Sie das mit der ursprünglichen Vorlage, so sehen Sie, daß hier noch eine Änderung nach hinaus eingetreten ist, die durch die letztbeschlossenen Aufwendungen für den Zuckerrübenbau und die damit in Zusammenhang stehenden Eingänge aus der Zuckersteuer gerechtfertigt ist.

Von der Ausgabensteigerung entfällt ein Teilbetrag von 16·7 Millionen Schilling auf persönliche Mehrausgaben, der Betrag von 171·5 Millionen Schilling dagegen auf sachliche Mehrausgaben.

Die persönlichen Mehrausgaben von 16·7 Millionen Schilling sind wieder zum größten Teil — nämlich 15 Millionen Schilling — durch Auswirkungen von gesetzlichen Bestimmungen entstanden, gesetzliche Vorrückungsbeträge, Zeitbeförderung und Zeitvorrückung sowie Mietzinsbeihilfe. Der restliche Mehraufwand ergibt sich einerseits aus der Vorsorge eines Pauschalserfordernisses von 3·5 Millionen Schilling für die Fortsetzung der Pensionsangleichung, aus der Vorsorge eines neuen Erfordernisses von 0·5 Millionen Schilling für Tapferkeitsmedaillen und anderseits aus Mindererfordernissen.

Von den sachlichen Mehrausgaben von 171·5 Millionen Schilling ist der größte Teil von zusammen 134·6 Millionen Schilling durch Auswirkungen von gesetzlichen Bestimmungen hervorgerufen, und zwar

durch das landwirtschaftliche Notopfer für 1931 im Betrage von 66·6 Millionen, Förderung des Zuckerrübenbaues, der nunmehr 23·5 Millionen zugeführt werden sollen; ferner durch das Mehrerfordernis für soziale Verwaltung — 33·7 Millionen Schilling — und für den ganzjährigen Dienst der im Sommer 1930 begebenen internationalen Bundesanleihe, wofür auch zum erstenmal 10·8 Millionen eingesetzt werden mußten. Der Restbetrag des Mehraufwandes von 36·9 Millionen Schilling ist zum größten Teil auf Aufwandsteigerungen im Interesse der Volkswirtschaft und auf Betriebsmehrausgaben der Monopole und Betriebe, die durch entsprechende Mehreinnahmen gedeckt sind, zurückzuführen.

Bezüglich der Einnahmen möchte ich nur kurz folgendes hervorheben:

Von den Gesamteinnahmen entfallen auf öffentliche Abgaben 1024·8 Millionen Schilling, Monopole und Betriebe 784·3 Millionen, Soziale Verwaltung 177·5 Millionen und auf übrige Einnahmen 185·9 Millionen.

Gegenüber dem Voranschlag 1930 ergibt sich eine Steigerung der Einnahmen um 191·7 Millionen Schilling. Hievon ist der größte Teil durch die mit der Ausgabensteigerung im Zusammenhang stehenden Quellen bedeckt, und zwar 66·6 Millionen Schilling als Ertrag der zur Deckung des landwirtschaftlichen Notopfers mit Sondergesetz eingeführten und zeitlich befristeten außerordentlichen Zuschläge zum Zuckersoll, zur Zucker- und Biersteuer. Ferner entfallen Mehreinnahmen von 23·5 Millionen Schilling auf die zum Zwecke der Förderung des Rübenbaues gesetzlich verfügte Erhöhung der Zuckersteuer, 12 Millionen Schilling auf Mehrleistungen der Eisenbahnen, Monopole und Betriebe für den Kapitalsdienst der Investitionen und 7·8 Millionen Schilling hauptsächlich auf Mehrbeiträge für die Sozialversicherung. Von dem sonach verbleibenden Rest per 81·8 Millionen Schilling entfallen 49 Millionen Schilling, somit mehr als die Hälfte, auf die Höherpräliminierung der Zölle.

Verehrte Damen und Herren! Ich glaube, damit in großen Umrissen nicht nur die Ziffern dargelegt zu haben, die unserem Budget zugrunde liegen und die in den Teilheften zum Voranschlag und in den folgenden Spezialberichten noch eine entsprechende Ausführung erhalten, sondern auch im allgemeinen die Lage dargestellt zu haben, in der sich die Finanzen des Bundes befinden. Ich glaube, in meinen Besorgnissen nicht übertrieben zu haben, und bitte Sie, stets im Hinblick auf die außerordentlich angespannte, ja bedenkliche Lage unserer Staatsfinanzen in die Generaldebatte über den Staatsvoranschlag einzugehen. (Beifall rechts.)

Dr. **Bauer**: Hohes Haus! Unser Land steht vor einem Wendepunkt seiner Wirtschaftspolitik, der in diesem Augenblick nicht nur wegen seiner budgetären,

sondern vor allem wegen seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung einer Erörterung in diesem Hause bedarf. Die Regierung hat Handelsvertragsverhandlungen mit Ungarn und mit Jugoslawien eingeleitet, die auf ganz neuen Grundlagen geführt werden, in denen die wirtschaftlichen Interessen des Landes mit ganz neuen Mitteln gewahrt werden sollen. Diese neue Richtung unserer Wirtschaftspolitik ist vorbereitet worden sowohl durch internationale Besprechungen als auch durch viele Besprechungen der Regierung mit den Interessentengruppen und auch der Regierung mit Parteien dieses hohen Hauses, aber sie ist niemals in diesem hohen Hause selbst ein Gegenstand der Erörterung gewesen. Wir stehen aber jetzt, wie ich glaube, vor Entscheidungen von so ungeheurer Tragweite für unsere ganze Volkswirtschaft und damit für das wirtschaftliche Schicksal von Millionen Menschen, daß es ganz unerlässlich ist, diese Frage, die im engsten Zusammenhang mit allen unseren wirtschaftlichen und finanziellen Sorgen steht, in dieser Generaldebatte über den Bundesvoranschlag hier zu erörtern.

Meine Herren, der Ausgangspunkt zum Versuch einer neuen Wirtschaftspolitik ist dem hohen Hause und der ganzen Öffentlichkeit wohl hinreichend bekannt. Wir haben auf der einen Seite eine furchtbar schwere Industriekrise, wie zur Stunde die meisten Länder, einen Schrumpfungsprozeß in unserer Industrie, eine fortschreitende Stilllegung von immer mehr und mehr großen und kleinen Betrieben, eine ungeheuer anschwellende Arbeitslosigkeit; wir haben auf der anderen Seite eine nicht minder schwere Krise der Landwirtschaft, und unzählige Landwirte klagen sicherlich mit Recht darüber, daß der Erlös für ihre Erzeugnisse nicht hinreicht, die Gesteungskosten zu decken und dem Bauern, insbesondere dem kleinen Bauern, auch nur einen bescheidenen Lohn für seine schwere Arbeit zu lassen. Es ist ganz selbstverständlich, daß sowohl die Massen der industriellen Arbeiter- und Angestelltenschaft als auch die Massen der Bauernschaft vom Standpunkte ihrer Not aus an die Handelspolitik, an die Wirtschaftspolitik der Regierung ihre Forderungen stellen. Die industrielle Arbeiter- und Angestelltenschaft weiß, daß das ungeheure Anschwellen der Arbeitslosigkeit im letzten Jahre, wie zahlenmäßig sehr oft erwiesen worden ist, mindestens zu zwei Dritteln auf den katastrophalen Rückgang unseres industriellen und gewerblichen Exports zurückzuführen ist, und deswegen ist die Forderung, die die industrielle Arbeiter- und Angestelltenschaft an diese neue Wirtschaftspolitik der Regierung zu stellen hätte, vor allem und in erster Linie die, die Handelsverträge mit dem Auslande, vor allem mit unseren Nachbarstaaten, die die historischen Absatzgebiete unserer Industrie und unseres Gewerbes sind, so zu gestalten, daß wir in die Lage kommen, den zu einem Teil verlorenen

Export wiederzugewinnen. Auf der anderen Seite verstehen wir vollkommen und verstehen wir ebenso gut, daß auch die landwirtschaftliche Bevölkerung ihre Forderungen an diese neue Wirtschaftspolitik hat, und verstehen, daß der Bauer von dieser neuen Wirtschaftspolitik auch Schutz für seine Interessen erwartet und fordert.

Man kann sich nun nicht darüber täuschen, daß diese beiden Forderungen, die Forderungen der industriellen Bevölkerungsmassen und die Forderungen der Bauernschaft, zum Teil in Widerspruch miteinander geraten, und es wäre daher nichts natürlicher gewesen, als diese neue Wirtschaftspolitik in der Weise vorzubereiten, daß man die Vertreter der industriellen und städtischen Volksmassen auf der einen und die Vertreter der bäuerlichen Volksmassen auf der anderen Seite zusammengerufen und rechtzeitig versucht hätte, eine mittlere Linie einer Wirtschaftspolitik zu finden, die auf der einen Seite den Exportinteressen der Industrie und des Gewerbes gerecht würde und auf der anderen Seite sie soweit als möglich in Einklang zu bringen suchte mit dem Schutzinteresse der heimischen Landwirtschaft. Das ist bisher nicht geschehen, sondern die Mehrheit dieses hohen Hauses hat allzu lange die ganze Frage dieser Wirtschaftspolitik, von einer sehr mechanistischen Auffassung des parlamentarischen Mehrheitsystems ausgehend, als eine Privatangelegenheit der Mehrheit behandelt. Die Folge ist, meine Herren, daß tatsächlich bei den vorbereitenden Entscheidungen bisher wir — und das heißt: die Vertreter der überwiegenden Mehrheit der industriellen und städtischen Bevölkerung — von der Mitentscheidung ausgeschlossen worden sind, was dann natürlich zur Folge hat, daß die Resultierende der Kräfte ganz einseitig nach der agrarischen Seite hin verschoben worden ist und jetzt die bitter ernste Gefahr erzeugt, daß man die Agrarkrise zu bekämpfen sucht mit Mitteln, die die Industriekrise in einer höchst gefährlichen Weise verschärfen würden.

Die Herren, die die Landwirtschaft vertreten, haben an die Regierung verschiedene Forderungen gestellt und ihre Macht für diese Forderungen eingesetzt. Sie haben zunächst die Forderung gestellt, daß in den neuen Handelsverträgen die Getreidezölle nicht mehr vertragsmäßig gebunden werden sollen, sondern daß die Möglichkeit geschaffen werden soll, dem heimischen Getreidebau, sei es durch eine monopolistische Einfuhrorganisation, sei es durch ein System von gleitenden Zöllen, einen festen, stabilen Inlandpreis zu garantieren. Ich bin der letzte, der gegen dieses Prinzip Einwendungen erheben möchte. Sehr im Gegenteil, meine Herren! Wir Sozialdemokraten waren die ersten, die in diesem Hause schon im Jahre 1924 — vor jetzt bald sieben Jahren, meine Herren! — immer wieder darauf hingewiesen haben, daß starre Getreidezölle

gänzlich ungeeignet sind, in einer Zeit großer Schwankungen der Weltmarktpreise dem Landwirt einen stabilen Preis zu garantieren; wir waren es, die schon im Jahre 1924 vorgeschlagen haben, die Stabilität der Getreidepreise durch ein Außenhandelsmonopol für Getreide zu sichern, und als das von der Mehrheit dieses Hauses abgelehnt wurde, sie zumindest durch ein System gleitender Getreidezölle zu sichern, das ja damals auch beschlossen worden ist. Wir haben damals für die Forderung nach einer Wirtschaftspolitik, die stabile Getreidezölle ermöglichen sollte, bei der Mehrheit dieses hohen Hauses wenig Verständnis gefunden. Sie waren damals Anhänger starrer Getreidezölle, Sie haben das Handelsmonopol abgelehnt, Sie haben die unter unserem Einfluß eingeführten gleitenden Getreidezölle nach einiger Zeit wieder abgeschafft und sind zu den starren und in Handelsverträgen gebundenen Getreidezöllen zurückgekehrt. Heute, glaube ich, werden auch die Herren Vertreter der Landwirtschaft zugeben, daß dem österreichischen Getreidebau eine sehr schwere Krise erspart geblieben wäre, wenn sie schon im Jahre 1924 auf unsere Vorschläge eingegangen wären. *(Beifall links.)* Aber, meine Herren, es ist auch auf Erden mehr Freude über einen reinigen Sünder als über 99 Gerechte *(Heiterkeit)*, und ich will Ihnen daher gewiß keinen Vorwurf daraus machen, wenn Sie sich jetzt zu der Forderung nach einer Wirtschaftspolitik, die stabile Getreidepreise sichert, bekennen. Aber so wenig ich gegen diese Forderung, wie immer man das Ziel erreichen will, Einwendungen erheben kann — nur mit Schrecken und Entsetzen kann jeder, der die Verhältnisse ernsthaft überprüft, ersehen, auf welcher Höhe Sie die Getreidepreise stabilisieren wollen. Die Agrarier haben von der Regierung verlangt, daß sie den Weizenpreis auf einer Höhe von 40 S für den Meterzentner *(Rufe links: Hört! Hört!)* stabilisieren soll, und sie haben ihren sehr mächtigen politischen Einfluß, ihren dank der Ausscheidung der überwiegenden Mehrheit der städtischen und industriellen Bevölkerung überragenden politischen Einfluß dafür eingesetzt, die Regierung unter den stärkstmöglichen Druck für diese Forderung zu setzen, so daß die ernste Gefahr besteht, daß man ein solches Experiment wirklich versucht. Ich muß von hier aus nicht nur dieses hohe Haus, sondern die ganze Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, welche Ungeheuerlichkeit es ist, was da gefordert und geplant wird.

Der Weizenpreis betrug im Durchschnitt des Jänners dieses Jahres nach den amtlichen Ausweisen 22 S für den Meterzentner. Sie wollen diesen Preis auf 40 S heben. Das ist nicht viel weniger als eine Verdoppelung, das ist eine Erhöhung um 18 S für den Meterzentner. Ich bitte nun, doch einen Augenblick zu überlegen, welche Wirkungen eine solche Erhöhung des Getreidepreises

unweigerlich zeitigen müßte. Wenn ich damit rechne, daß aus 100 Kilogramm Weizen ungefähr 70 Kilogramm Mehl erzeugt werden, so ergebe eine Verteuerung des Meterzentners Weizen um 18 S, daß ein Meterzentner Mehl um 25 S verteuert würde. Das heißt, wir würden unserer Bevölkerung die Verteuerung eines jeden Kilogramm Mehls um 25 g zumuten, was gegenüber dem heutigen Kleinverschleißpreis von Mehl in Wien — wieder nach den amtlichen Daten — eine Verteuerung um nicht weniger als 46 Prozent bedeuten würde.

Es hat außer in Inflationszeiten wohl noch nie eine Wirtschaftspolitik gegeben, die der Bevölkerung zugemutet hat, daß das schlechthin unentbehrlichste aller Nahrungsmittel, das Hauptnahrungsmittel gerade der Ärmsten, das Hauptnahrungsmittel des Arbeitslosen und des Kurzarbeiters, mit einem Schlage um beinahe die Hälfte verteuert werden soll. Welche Wirkung das auf den Brotpreis haben müßte, das auszurechnen ist nicht schwer. Wenn ich annehme, daß diese neue Wirtschaftspolitik der Regierung sich das Ziel setzt, die Spannung zwischen Weizenpreis und Roggenpreis, also auch die zwischen Weizenmehlpreis und Roggenmehlpreis unverändert zu erhalten, so daß also auch das Roggenmehl um denselben Betrag verteuert würde, dann würde diese Stabilisierung des Weizenpreises auf 40 S nicht weniger bedeuten als eine Verteuerung eines jeden Kilogramm Brotes um 18 g, das ist eine Verteuerung des Brotes um 33 Prozent seines gegenwärtigen Preises. *(Hört!-Hört!-Rufe links.)* — *Mayrhofer: Muß der Brotpreis so sein, wie er jetzt ist?* Das weiß ich nicht. Ich hoffe, daß die Regierung das sorgfältig überprüft und eine höhere Preisforderung, als sie wirtschaftlich gerechtfertigt ist, nicht duldet.

Zu dieser Verteuerung des Getreides, des Mehles und Brotes, die da in ganz unerhörten und beispiellosen Dimensionen verlangt und vorgeschlagen wird, kommen nun noch die Forderungen, die die Herren Vertreter der Landwirtschaft hinsichtlich der Rindviehzölle gestellt haben. Da wird, wie man hört, verlangt, daß die Rindviehzölle — ich rede natürlich von dem Vertragszoll als dem allein wirksamen — von gegenwärtig 10 Goldkronen auf 30 Goldkronen gehoben werden sollen. Das wäre eine Verteuerung um 20 Goldkronen, das heißt um 28 S 80 g für den Meterzentner. Man kann sich unschwer ausrechnen, daß das eine Verteuerung des Fleisches um mehr als 50 g für das Kilogramm zur Folge hätte, man kann sich unschwer ausrechnen, daß zu der Verteuerung des Mehles um 46 Prozent und des Brotes um 33 Prozent auch noch eine Verteuerung des Rindfleisches um etwa 16 Prozent hinzukäme. Dabei will ich von den anderen Nahrungsmitteln, die von dieser neuen Wirtschaftspolitik gleichfalls mit verteuernenden Maßnahmen bedroht sind, gar nicht reden, ich rede

nur von diesen drei Hauptnahrungsmitteln, und jedermann sieht auf den ersten Blick, daß da der städtischen und industriellen Bevölkerung Untragbares zugemutet werden soll. Vergewärtigen Sie sich doch, in welcher Lage sich die städtische und industrielle Bevölkerung heute befindet, und Sie werden sofort sehen, daß da schlechthin unmögliche Forderungen gestellt werden, und zwar deshalb, weil man nicht die mittlere Linie zwischen den Interessen der breiten Masse der Bauern und der breiten Masse der industriellen Arbeiter und Angestellten gesucht, sondern die Regierung unter den Druck eines einseitigen agrarischen Diktates gestellt hat.

Der Herr Berichterstatter hat vor wenigen Minuten davon gesprochen, wie ungeheuer infolge des Anschwellens der Zahl der Arbeitslosen der Aufwand für die Arbeitslosenversicherung gestiegen sei, und davon, daß die Regierung wiederholt schon angekündigt habe, sie werde diesen Aufwand durch eine Reform der Sozialversicherung verkleinern. Jeder Arbeitslose weiß, welche Gefahr diese sogenannte Reform für seine nackten Lebensmöglichkeiten bedeutet. Ja glauben Sie wirklich, man könnte den Preis des Roggmehls um 46 Prozent und den Preis des Brotes um 33 Prozent durch staatliche Maßregeln erhöhen, ohne daß das zwangsläufig nicht eine Ersparnis an Arbeitslosenunterstützung, sondern deren Erhöhung zur Folge haben müßte? (*Lebhafte Zustimmung links.*) Ich kann die Arbeitslosenunterstützung natürlich nicht in irgendein Verhältnis zum allgemeinen Preisindex setzen, nicht in ein Verhältnis etwa zu den Fleischpreisen, die den Arbeitslosen leider sehr wenig berühren, weil er kein Fleisch essen kann, aber selbstverständlich muß ich die Arbeitslosenunterstützung zu den Mehl- und Brotpreisen in Beziehung setzen, denn das sind ja die beinahe einzigen Lebensmittel, die der Arbeitslose noch genießt. Wenn die Arbeitslosenunterstützung ihren sozialen Zweck, die Arbeiter und Angestellten während der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit am Leben zu erhalten und ihre Arbeitskraft zu erhalten, überhaupt noch erreichen soll, dann muß sie natürlich in einer Relation zu den Mehl- und Brotpreisen stehen. Es ist ganz unmöglich, eine solche Politik zu machen, wie die Herren Agrarier sie hier fordern, ohne daß hierauf sofort die Antwort ertönt, die erste Konsequenz müsse die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung sein.

Aber es handelt sich nicht nur um die Arbeitslosen. Wir haben, was viel zu wenig beachtet wird, heute eine ungeheuer ausgedehnte Kurzarbeit in Österreich. Auch diejenigen Arbeiter, die das Glück haben, noch nicht arbeitslos zu sein, sind zur Hälfte arbeitslos, sie arbeiten 24, 30 Stunden in der Woche, und man schätzt heute die Zahl der Kurzarbeiter in Österreich nicht viel niedriger als die Zahl der Arbeitslosen. Stellen Sie sich einmal vor,

was das bedeutet! Ich nehme einen qualifizierten Arbeiter, einen Professionisten, einen fachlich geschulten Arbeiter — er hat heute nur noch die halbe Woche Arbeit. Der Mann geht heute mit einem Wochenverdienst von 25 S. von 30 S., wenn er sehr viel Glück hat, von wenig mehr nach Hause, und damit muß er eine Familie, eine Frau und ein paar Kinder ernähren. Stellen Sie sich vor, welche bitterste Not in den Heimen dieser Hunderttausende von Kurzarbeitern besteht, und fragen Sie sich, ob es möglich ist, Leuten, die 25 oder 30 S. in der Woche haben und damit eine Familie ernähren sollen, zuzumuten, daß jetzt so ohne weiteres der Mehlpreis um 46 und der Brotpreis um 33 Prozent erhöht werden soll.

Aber nehmen Sie die vollbeschäftigten Arbeiter! Die Herren Unternehmer haben auf der ganzen Linie einen Angriff gegen die Löhne der Arbeiter, gegen die Gehälter der Angestellten unternommen. Gerade in diesen Tagen hat einer der bekanntesten und bedeutendsten Sekretäre der großen Unternehmerorganisation wieder in einem statistischen Artikel, dessen Statistik freilich sehr anfechtbar ist, die Forderung nach allgemeinen Lohnsenkungen vertreten. Und da ein solcher Angriff auf die Löhne doch auch eines Führers bedarf, der so der rechte Mann ist, einen solchen Angriff zu leiten und die Front an der entscheidenden Stelle zu durchbrechen, so hat der Herr Generaldirektor der Bundesbahnen gerade in diesen Tagen den Eisenbahnern, der zahlreichsten von unseren Arbeiterschichten, eine sehr bedeutende, sehr empfindliche Senkung ihrer Bezüge und Nebengebühren zugemutet. Ja, sehen Sie, meine Herren, es gibt Doppelrollen in unserer Gesellschaft, die man anderswo schwer extragen würde. Es gibt kaum eine groteskere Doppelrolle als die, die heute der Herr Präsident der Bundesbahnen spielt. (*Sehr richtig! links.*) Der Herr Präsident der Bundesbahnen Dr. Dollfuß ist einer der unterrichtesten und bedeutendsten Vorkämpfer der österreichischen Agrarier. Er ist der Vorkämpfer für diese Pläne: um 46 Prozent hinauf beim Roggmehl, um 33 Prozent hinauf beim Brot, um 16 Prozent hinauf beim Fleisch — und gleichzeitig will er Lohnsenkungen so um 15 Prozent herum durchführen. Wer kann glauben, daß so etwas möglich sei? Der Herr Präsident Dollfuß will als Präsident der Bundesbahnen Löhne kürzen und als Sachwalter der Agrarier die Lebensmittelpreise in einem unerhörten Maße erhöhen. Für wie allmächtig muß man sich halten, wenn man das für möglich hält.

Wir leben in einer Zeit der Wirtschaftskrise, und Löhne zu senken hat man auch in anderen Ländern, und leider mit Erfolg, versucht. Aber in allen anderen Ländern haben sich die Regierungen auf den Standpunkt gestellt: Keine Lohnsenkungen ohne Preissenkung! (*Zustimmung links.*) Vor wenigen

Tagen hat der deutsche Reichskanzler Herr Brüning im Rheinlande eine Rede gehalten, in der er mit großer Schärfe und großer Entschiedenheit den Gedanken einseitiger Lohnsenkungen ohne gleichzeitige Preissenkungen abgelehnt hat. Ich lege gewiß auf die Worte von Staatsmännern, auch von hervorragenden Staatsmännern, wie der deutsche Reichskanzler sicher einer ist, in solchen Dingen nicht allzu viel Wert. Ich weiß, daß die Arbeiter und Angestellten in Deutschland mit Recht und immer lauter darüber klagen, daß die von der Regierung betriebene Preissenkung weit hinter der Lohnsenkung zurückgeblieben ist, und daß der Zusammenhalt beider den Reallohn der deutschen Arbeiter und Angestellten sehr empfindlich gesenkt hat. Aber wenigstens den Deckmantel des Versuches einer Preissenkung braucht man in europäischen Ländern, wenn man eine Lohnsenkung versuchen will. Nur hier scheint man keinen Mantel zur Verdeckung von Blößen mehr zu brauchen, nur hier bildet man sich ein, man könne wirklich die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Angestellten senken und gleichzeitig die größte Preissteigerung der notwendigsten Lebensmittel durch staatliche Maßregeln hervorrufen, die je außerhalb der Inflationszeit dagewesen ist. Es ist klar, daß das ganz unmöglich ist.

Ich möchte aber auch den Herrn Bundeskanzler bitten, doch einmal die Lage zu erwägen, in die seine Regierung auf diese Weise gerät. Der Herr Bundeskanzler hat es hier vor nicht langer Zeit, als die Lohnsenkungszerpressung der Alpinen Montangesellschaft erörtert worden ist, abgelehnt, einzugreifen. Er hat gemeint, man solle vom Staate ja nicht zuviel verlangen, er könne das nicht leisten; die Regierung verstehe sehr wenig von Lohnfragen; das überlasse er den Unternehmern und den Arbeitern, er werde sich nur einmengen, wenn er von beiden gleichzeitig angerufen werde. Dieselbe Regierung aber ist in Gefahr, sich im gegenwärtigen Augenblick auf einem Wege zu bewegen, wo sie die Erstellung der Preise nicht den Unternehmern und Arbeitern überläßt, sondern durch Stabilisierung eines bestimmten Getreidepreises den Preis der wichtigsten Nahrungsmittel von Amts wegen behördlich regulieren will. Dieselbe Regierung, die es ablehnt, zum Schutze der Arbeiter gegen Lohnsenkungen einzugreifen, erscheint, wenn sie sich auf diesen Weg begibt, gleichzeitig als die Treiberin der Preise — ich wollte nicht sagen als Preistreiberin, um nicht an strafrechtliche Kategorien zu erinnern. Das ist ja ganz unmöglich. Sie müssen sich vorstellen, welche Wirkungen das hervorruft. Es wird heute keinen gewerblichen und industriellen Unternehmer geben, der nicht verstünde, daß es eine Politik von innerstem Widerspruch ist, gleichzeitig Lohnsenkungen und Preissteigerungen machen zu wollen, und daß uns ein solcher Versuch, auch wenn

das Bedürfnis des Landes nach ruhiger Entwicklung in einer Zeit schwerer Wirtschaftskrisen noch so stark ist, unweigerlich in schwerste und gefährlichste soziale Krisen stürzen müßte.

Aber zu all diesen Erwägungen, zu denen vielleicht noch eine kommt, die den Herrn Finanzminister interessieren sollte, nämlich die, welche Wirkung solche Preiserhöhungen zwangsläufig auf die Bezüge der öffentlichen Angestellten haben müßten, zu all dem kommt noch die entscheidende Erwägung: Wie würde ein solches Emportreiben der Preise der wichtigsten Nahrungsmittel auf den Beschäftigungsgrad der Industrie und des Gewerbes und das heißt auf den Umfang der Arbeitslosigkeit einwirken? Ich weiß, daß es bei der heutigen Wirtschaftskrise sehr vielen Kategorien von Arbeitern und Angestellten, wahrscheinlich den Arbeitern und Angestellten fast aller Industrie- und Gewerbebezüge, die unter der Weltmarktkonkurrenz stehen, unmöglich sein würde, sofort eine Anpassung der Löhne und Gehälter an dermaßen erhöhte Preise durchzuführen. Aber darüber kann sich doch niemand täuschen, daß die alte Erfahrung noch heute richtig ist, daß zum Schluß und im letzten Grunde der Mehlpriß und der Brotpriß das ganze Niveau der Produktionskosten regulieren. Diese Erfahrung würden Sie auch heute zwangsläufig machen. Sie würden in den Industrien, die unter Weltmarktkonkurrenz stehen und sich heute in einer sehr schweren Krise befinden, wahrscheinlich die Anpassung der Löhne an ein erhöhtes Niveau der Lebensmittelpreise zeitweilig verhindern können. Aber Sie könnten das schon nicht in den sogenannten sheltered industries, in den geschützten Industrien, bei denen die Weltmarktsverhältnisse nicht ausschlaggebend sind und die Krise sich weniger stark auswirkt. Sie könnten nicht verhindern, daß die Menschen, denen Sie die Lebensmitteln verteuern, trachten müßten, sich dafür zu entschädigen, um Frauen und Kinder ernähren zu können. Sie könnten nicht verhindern, daß von dem Tag an, wo dieser Weg, zu dem die Agrarier die Regierung drängen, betreten würde, das Niveau unserer Produktionskosten steigen würde, und dies in derselben Zeit, in der die Herren Unternehmervertreter fortwährend die Entlastung der Produktion verlangen. Ich zweifle nicht daran, daß das wirkliche Gelingen dieser agrarischen Pläne die Produktionskosten unserer Industrien und unserer Gewerbe im Laufe einiger Zeit, allerdings um den Preis schwerer Lohnkämpfe und schwerer Erschütterungen, bedeutend und empfindlich erhöhen, ich zweifle nicht, daß das bei der gegenwärtigen Lage der Weltwirtschaft neuerlich die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Industrie und des österreichischen Gewerbes beeinträchtigen würde und daß zum Schluß diese ganze Wirtschaftspolitik, die Sie, meine Herren von der Mehrheit, fordern, das Resultat hätte, nicht nur einer empfindlichen und gefährlichen

Senkung der Lebenshaltung der breiten Massen der Arbeiter und Angestellten und der städtischen Bevölkerung überhaupt, sondern darüber hinaus eine neue Erschwerung der Lage unserer Industrie, eine weitere Verschlechterung unseres Beschäftigungsgrades und ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit bewirken würde. (*Zustimmung links.*)

Allerdings kann die Regierung mir entgegenhalten, daß gegenüber allen diesen Schäden und Gefahren der neue Kurs Ihrer Wirtschaftspolitik der Industrie und dem Gewerbe auch bedeutende Vorteile bieten soll. Es ist, zwar nicht in den Einzelheiten, aber in großen Zügen bekannt geworden, daß die Regierung in Würdigung der Tatsache, daß unsere Industrie und unser Gewerbe vor allem einer Ausdehnung des Exports bedürfen, neue Mittel gesucht hat und gefunden zu haben glaubt, durch die unser Export nach einigen für ihn wichtigen Nachbarstaaten gefördert werden soll. Es ist bekannt, daß die Regierung unter Berufung auf eine Resolution der Wirtschaftskommission des Völkerbundes, die benachbarten und wirtschaftlich miteinander eng verknüpften Staaten empfohlen hat, durch Ein- und Ausfuhrorganisationen und Kreditbegünstigungen ihren gegenseitigen Warenaustausch zu verstärken, die Absicht hat, in die neuen Handelsverträge zunächst mit Ungarn, vielleicht auch mit Jugoslawien, ein System von sogenannten Zinsvergütungen einzufügen, Begünstigungen, durch die unsere Industrie auf den Absatzgebieten dieser Staaten eine begünstigte Stellung erlangen soll, die unserem Export förderlich sein soll.

Ich werde über diesen Plan im allgemeinen nicht sprechen. Er ist überaus geistreich eronnen und sehr originell, schließt aber auch seine großen Gefahren in sich. Ich will auch heute nicht abzuschätzen versuchen, was ja niemand, da die Einzelheiten der Öffentlichkeit nicht bekannt sind, abschätzen kann, in welchem Maße etwa unser industrieller Export nach Ungarn gefördert werden könnte, wenn ein solcher Vertrag wirklich zustande kommt. Aber ich will einmal, meine Herren, eine ganz optimistische Hypothese wagen und annehmen, daß durch diesen Handelsvertrag mit Ungarn unser Export nach Ungarn mit einem Schlage um ein Viertel vergrößert werden könnte — Sie werden mir zugeben, daß das ein sehr bedeutender Erfolg wäre. Fragen Sie sich aber jetzt, was das für die Lage unserer gesamten Industrie bedeuten würde, wenn wir es mit jenen gleichzeitigen Verteuerungen der Lebensmittel erkaufen würden, von denen ich gesprochen habe. Unser Export nach Ungarn macht derzeit ungefähr 7 Prozent unseres gesamten Exports aus, nicht mehr; unser Export nach Jugoslawien, beiläufig bemerkt, nur eine Kleinigkeit mehr als 7 Prozent. Wenn ich von 7 Prozent hinauf erhöhe, so kann sich jeder die Rechnung auf den ersten Blick selbst machen. Wenn die Verteuerung unserer Produktionskosten, die die

Wirkung dieser agrarischen Überschutzzollpolitik wäre, unseren Absatz in den übrigen Ländern auch nur um 2 Prozent verringern würde, so mache das mehr aus, als wenn durch dieses System der Begünstigungen unser Export nach Ungarn um ein volles Viertel vergrößert würde. (*Zustimmung links.*) Das ist eine Tatsache, die jedem zu denken geben muß.

Die Gefahr, in der wir uns befinden, ist offenbar die, daß man diese tief eingreifenden Maßnahmen, die die Agrarier verlangen, mit Exportbegünstigungen für einzelne Märkte verbindet, die zwar dort unzweifelhaft, wie ich zugebe, eine Steigerung unseres Exports ermöglichen können, daß aber gleichzeitig infolge der Erhöhung unseres allgemeinen Produktionskostenniveaus, die die unweigerliche Folge dieser agrarischen Maßnahmen wäre, unsere Exportfähigkeit nach allen übrigen Ländern, von denen einige für unseren Absatz sehr viel wichtiger sind, dermaßen gesenkt würde, daß das den Vorteil dieser Exportsteigerung nach Ungarn und vielleicht nach Jugoslawien weitaus überwiegen würde.

Wenn dem so ist, dann schließt das Ganze mit einer passiven Bilanz, und während die Industrie und das Gewerbe, während Arbeiter und Angestellte in dieser Zeit der Krise eine Wirtschaftspolitik fordern müssen, die unserem Export erweiterte Märkte sichert, wäre das Resultat das, daß unser Export nach der einen Seite etwas vermehrt, nach allen anderen Seiten aber um viel mehr verringert würde, daß unser Gesamtexport weiter reduziert würde, das heißt in die Sprache des Arbeiters und Angestellten übersetzt, daß der Beschäftigungsgrad der Industrie und des Gewerbes noch schlechter, die Arbeitslosigkeit noch entsetzlicher würde, als sie ist. (*Zustimmung links.*) Das ist eine Politik, von der ich nur sagen kann, daß sie schlechthin untragbar wäre, daß sie sich furchtbar rächen würde, das wäre nach meiner Überzeugung eine verbrecherische Politik, die das Land ins Verderben führen würde.

So geht es also nicht. Aber ich erkenne weiter an, was ich am Anfang gesagt habe: So sehr Sie verstehen müssen, daß die industrielle und städtische Bevölkerung Hilfe in dieser Zeit der schwersten Krise und Arbeitslosigkeit fordern muß und es nicht ertragen kann, daß ihr einfach unerträgliche Lasten aufgebürdet werden, so sehr verstehen wir sicherlich, daß die Landwirtschaft Schutz braucht. Aber man darf nicht die Politik des einseitigen agrarischen Diktats machen, sondern muß jene Politik treiben, die ich heute einleitend empfohlen habe und die ich auch sehr lange im alten Hause, lange vor den Wahlen schon oft anempfohlen habe, die Politik nämlich, daß sich die Vertreter der Bauern mit den Vertretern der Arbeiter und Angestellten zusammensetzen, um die mittlere Linie für eine künftige neue Wirtschaftspolitik zu suchen. Wenn Sie diesen Weg gegangen wären, dann hätten Sie uns durchaus

bereit gefunden, selber Mittel und Wege zu suchen, um der Landwirtschaft in der Zeit ihrer schweren Not zu helfen, zweckdienliche und für die industrielle und städtische Mehrheit der Bevölkerung erträgliche Mittel, und dann wäre es meiner Überzeugung nach möglich gewesen, diese mittlere Linie zu finden. Ich habe schon im früheren Hause, schon lange vor den Neuwahlen, einmal im Zollausschuß und einmal in diesem hohen Hause meine Überzeugung ausgesprochen, daß, wenn wir eine Politik suchen wollten, die die Interessen der Landwirtschaft mit denen der Industrie und des Gewerbes in Einklang zu bringen sucht und der Landwirtschaft mit Mitteln zu helfen sucht, die gleichzeitig auch der Arbeiter- und Angestelltenchaft der Industrie und des Gewerbes sympathisch sein könnten und auch ihr Interesse fördern würden, das wirksamste Mittel dazu eine Konzentration unserer Agrarpolitik, mindestens für einige Zeit, auf die Hebung der Schweinezucht wäre.

Ich muß heute darüber etwas sagen, weil ich gerade in dem Augenblick, in dem ich nicht scharf genug vor den Wegen warnen kann, auf die das agrarische Diktat die Regierung drängt, doch anderseits zeigen möchte, daß es wahrhaft andere und wirksamere, nach meiner Überzeugung ungleichsam wirksamere Wege gibt, der Landwirtschaft und insbesondere der Masse der Kleinbauern zu helfen, als diese Mittel, die von Ihnen gefordert werden. Es ist interessant, einmal den Versuch zu machen, nachzurechnen, was denn eigentlich die österreichische Landwirtschaft, als Ganzes genommen, in allen ihren Größenklassen, von diesem 40-S-Preis für das Getreide haben, was er ihr eigentlich nutzen würde. Ich will einmal von einer Brotgetreideernte, von einer Weizen- und Roggenernte von etwa 8,200.000 Meterzentner ausgehen. Ich muß davon, wenn ich den menschlichen Konsum feststellen will, erstens etwa 15 Prozent für die Halbfucht und zweitens etwa 2 Meterzentner pro Hektar Anbaufläche als Saatgut abziehen. Das sind allein schon, wenn ich diese Posten zusammenrechne, ungefähr 2,400.000 Meterzentner. Ich muß weiter, wenn ich die Frage beantworten will, wieviel Getreide denn der österreichische Landwirt verkauft, das abziehen, was die Landwirte im eigenen Haushalt zur Ernährung ihrer eigenen Familien brauchen. Das kann man natürlich nur schätzen, aber es gibt sehr gute Grundlagen für die Schätzung. Wir wissen aus der letzten Berufszählung ungefähr die Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung — es sind an die 2 Millionen Menschen in Österreich, die von der Land- und Forstwirtschaft leben —, und wir wissen den durchschnittlichen Jahresverbrauch an Getreide eines Menschen in Österreich, den man gewöhnlich — ich glaube, nach einer Rechnung Kallbrunnens — mit 172 Kilogramm pro Kopf und Jahr annimmt. Ich will da vollkommen vernachlässigen, daß in Wirklichkeit die landwirtschaft-

liche Bevölkerung wahrscheinlich einen höheren Jahresverbrauch an Getreide hat als die städtische, weil sie ja mehr vegetabilische und weniger animalische Nahrungsmittel im Vergleich zur Stadt verzehrt; ich will das ganz vernachlässigen, denn es handelt sich ja hier um eine rohe Schätzung, die wir machen wollen. Ich kann also nach dieser Rechnungsweise schätzen, daß der Eigenverbrauch der landwirtschaftlichen Bevölkerung selbst an Getreide ungefähr 3,444.000 Meterzentner beträgt. Wenn ich nun Halbfucht, Saatgut und Eigenverbrauch der Landwirte abziehe, so bleibt mir als die Menge, die die Landwirte auf den Markt bringen, die sie für den Bedarf der städtischen Bevölkerung verkaufen können, bei mittlerer Ernte ein Quantum von ungefähr 2,350.000 Meterzentner. Und wenn ich nun rechne, daß Sie diese Menge nach Ihrem Vorschlag um 18 S pro Meterzentner gegenüber dem jetzigen Stande verteuern wollen, so ergibt diese Rechnung, meine Herren, daß der Mehrlös an Geld, den die Landwirtschaft infolge dieser Wirtschaftspolitik, infolge dieser Vertenerung des Getreides hätte, im ganzen nicht mehr als ungefähr 42 Millionen Schilling betragen würde. Dem Konsumenten, meine Herren, käme der Spaß sehr wesentlich teurer. Denn wenn ich nun weiter rechne und mich frage, wieviel Getreide wir aus dem Ausland einführen, wenn ich das Mehl, das wir aus dem Ausland einführen, in Getreide umrechne und wenn ich nun annehme, daß um diesen Betrag von 18 S der Zoll, den wir dem Herrn Finanzminister bezahlen müssen, dadurch verteuert würde, so wäre das Endergebnis der Rechnung das, meine Herren, daß zwar die Bauern und alle Landwirte zusammen — nicht nur die Bauern, auch die Großbetriebe — von dem Betrage, den die Konsumenten opfern müßten, ungefähr 42 Millionen Schilling bekämen, aber der Finanzminister ungefähr 100 Millionen Schilling. (Hört! Hört! links.) Die Belastung des Konsums wäre mehr als 140 Millionen Schilling.

Aber die Landwirtschaft hat ja kein Interesse daran, dem Herrn Finanzminister diese Mehreinnahme zu verschaffen, sondern wenn wir ihm Mehreinnahmen verschaffen wollen und müssen, wird man sie hoffentlich auf andere Weise finden als durch die Besteuerung des Mehls. Die Landwirtschaft interessiert die 42 Millionen Schilling, die sie bekäme. Und nun fragen Sie sich, meine Herren, ob man nicht auf andere Weise der Landwirtschaft ganz andere Beträge als 42 Millionen Schilling zuführen kann, ohne daß das jene katastrophalen Folgen für die Gesamtwirtschaft haben muß, wie die Vertenerung des Mehles um 46 Prozent sie unweigerlich haben müßte.

Meine Herren, sehen Sie, wir führen Schweine aus dem Ausland ein. Muß das eigentlich sein, daß wir weit mehr als 100 Millionen Schilling im

Jahre zum Kaufe von Schweinen im Ausland verwenden? Wenn wir imstande wären, mit Mitteln, über die ich sprechen werde, unsere Landwirtschaft in die Lage zu setzen, daß sie uns, der städtischen und industriellen Bevölkerung, die Schweine liefert, die wir heute aus Polen, aus Jugoslawien, aus Ungarn usw. beziehen, so wäre das, meine Herren, für die Landwirtschaft eine Mehreinnahme von 100 Millionen Schilling und mehr und nicht eine Einnahme von 42 Millionen Schilling. Ich will damit sagen, meine Herren, daß, selbst wenn ich die Landwirtschaft als Ganzes nehme, Maßnahmen zur Förderung der Schweinezucht mit dem Ziele möglichst schnell — und bei der Schweinezucht geht es schnell — zu erreichen, daß wir den größtmöglichen Teil unseres Bedarfes selber decken, das die Einnahmen der österreichischen Landwirtschaft in unvergleichlich höherem Maße steigern könnte als selbst jene exorbitante, wahn sinnige und in ihren Wirkungen schlechthin unerträgliche Vertenerung des Getreides, die Sie der Regierung aufzwingen wollen.

Wenn man der Landwirtschaft Opfer bringen will — und man soll sie ihr bringen mit Rücksicht auf ihre Not —, diese Opfer hier zu bringen auf diesem Gebiet, auf dem Gebiet der Schweinezucht, dafür sprechen eine Reihe der allerstärksten volkswirtschaftlichen Gründe. Der erste Grund ist zunächst der, daß man hier einen Erfolg besonders schnell haben kann. Infolge der bekanntlich sehr raschen Vermehrbarkeit der Schweine ist es möglich, hier wirklich in wenigen Monaten, in etwa einem Jahre, die Produktion zu haben, die man braucht. Wie leicht das möglich ist, das zeigt der anerkanntswerte Erfolg, den die Regierung mit ihrer bisherigen Aktion schon erreicht hat. Die Regierung hat vor gar nicht langer Zeit versucht, die Schweinezucht mit verschiedenen Mitteln der inneren Wirtschaftspolitik zu fördern, und ich gebe ohne weiteres zu, daß diese Aktion einen sehr beträchtlichen Erfolg erreicht hat. Der Erfolg, der schon erreicht wurde, zeigt, daß man bei energischem Zugreifen in einer verhältnismäßig kurzen Zeit wirklich den allergrößten Teil unseres Schweinebedarfes aus der heimischen Zucht decken könnte.

Für die Konzentration unserer Anstrengungen auf dieses Gebiet spricht auch ein zweiter Gedanke. Machen wir uns doch nichts vor: Wer wird den Nutzen einstecken, wenn die Getreidepreise hoch sein werden? Den Löwenanteil des Nutzens werden in diesem Fall ein paar landwirtschaftliche Großbetriebe und eine verhältnismäßig kleine Zahl von großen Bauern haben, während die überwiegende Mehrheit der Gebirgsbauern, aber auch der kleineren Bauern des Flachlandes keinen irgendwie fühlbaren Nutzen haben werden. Jeder von uns weiß, daß die Masse der kleinen Bauern selbst in der Ebene — vom Gebirge gar nicht

zu reden — bestenfalls so viel Getreide bauen, als sie selber für die Ernährung ihrer Familie brauchen, und daß, selbst wenn ein Kleinbauer schon in der Lage ist, etwas Getreide zu verkaufen, die Erlöse für das Getreide einen verschwindend kleinen Teil seiner Gesamtwirtschaft bilden und an Bedeutung hinter den Erlösen aus der Viehzucht und Milchwirtschaft weit zurückstehen. Getreidepreispolitik ist immer Großgrundbesitzer- und Großbauernpolitik, nicht Politik der Kleinbauern. Ich bin überzeugt, wenn Sie beim Getreide den Schwerpunkt suchen, so wie das Ihre Forderungen tun, dann werden Sie gewiß einer Anzahl von Großgrundbesitzern und Großbauern wieder recht hohe Renten verschaffen — denn der Preis, auf dem sie das Getreide stabilisieren wollen, ist ja beträchtlich höher als die Preise, die in den Vorkriegsjahren waren —, aber der Masse der Kleinbauern werden sie wirkliche Hilfe in der Not nicht bringen! Für die Konzentration aber auf die Schweinezucht spricht vor allem die Tatsache, daß das ein Wirtschaftsgebiet ist, das dem kleinen und dem kleinsten Bauern zugänglich ist. Schweine züchten kann in vielen Fällen jeder Knechtler im Dorf. Man muß nur die gewaltige Bedeutung kennen, welche die Schweinehaltung in Deutschland — in ganz großen Gebieten sowohl im Nordwesten wie im Osten — für die Wirtschaft gerade der kleinen Leute hat, um zu begreifen, welche ungeheure Bedeutung die Förderung der Schweinezucht gerade auch bei uns für den Kleinbauern, für den Knechtler, für den Landarbeiter, selbst für Tausende von Industriearbeitern draußen auf dem Lande haben könnte.

Aber, meine Herren, der entscheidende Grund, warum wir Sozialdemokraten der Meinung sind, daß auf die Frage der Schweinezucht und nicht auf das Getreide und nicht auf die Rinderzucht das ganze Augenmerk im Augenblick konzentriert werden mußte, der entscheidende Grund hierfür ist ein ganz anderer; auf den komme ich erst. Die Herren Agrarier sagen uns Sozialdemokraten gegenüber oft, ja, wenn der Bauer mehr Geld haben werde, dann werde auch die Kaufkraft des inneren Marktes größer sein, dann werden Industrie und Gewerbe auch mehr absetzen können, dann wird auch die Arbeitslosigkeit kleiner werden. Meine Herren, dieses Argument ist richtig, und es ist falsch, je nachdem, durch welches Mittel der Bauer zu mehr Geld kommt. Es ist eine uralte volkswirtschaftliche Erkenntnis: die Kaufkraft des inneren Marktes kann man nicht dadurch steigern, daß man einfach die Kaufkraft von einem auf den andern überträgt, sondern man kann sie nur durch Steigerung der Produktion vergrößern. Beim Getreide zum Beispiel ist es so: Wenn wir diesen 40-S-Preis einführen, den Sie haben wollen, so würde das bedeuten: die Bauern hätten um 42 Millionen

Schilling mehr. Freilich könnten sie dann auch mehr Industrieerzeugnisse kaufen. Aber die Konsumenten hätten um 142 Millionen Schilling weniger. Am Brot und am Mehl läßt sich nicht viel sparen, das Geld dafür müßte ausgegeben werden, und diese 142 Millionen Schilling würden dann beim Absatz von Kleidern, von Wäsche und von Schuhen, beim Absatz aller Industrieerzeugnisse fehlen. Es wäre die Kaufkraft der Bauern etwas größer, es wäre die Kaufkraft der Städter bedeutend kleiner. Meine Herren, auf diese Weise kann man die Kaufkraft nicht vergrößern. Ganz anders ist es bei der Schweinezucht. Wenn die Städter die 100 Millionen Schilling, die sie heute ausgeben, um im Ausland Schweine zu kaufen, ausgeben würden, um von inländischen Bauern Schweine zu kaufen, dann hätten die Bauern um 100 Millionen Schilling mehr, aber die Städter nicht um 100 Millionen Schilling weniger. In diesem Falle würde die Kaufkraft des inneren Marktes wirklich vergrößert — dadurch, daß ein neuer Produktionszweig entstanden wäre! Und so wie die Kaufkraft unseres inneren Marktes vergrößert wird, wenn eine neue große Industrie entsteht, die Zehntausende von Arbeitern beschäftigt, so wird die Kaufkraft des inneren Marktes auch vergrößert, wenn man in unserer Landwirtschaft einen neuen Produktionszweig schafft und wenn etwas, was bisher nur aus dem Auslande bezogen werden konnte, hier selber produziert wird. Denn das ist nicht bloß Übertragung von Kaufkraft innerhalb des Landes, sondern Übertragung der Kaufkraft vom ausländischen Landwirt auf den österreichischen Landwirt.

Das ist der Hauptgrund, und deswegen bin ich seit langer Zeit davon überzeugt: wenn wir suchen wollten, uns zu verständigen — hier könnten wir uns verständigen. Wir könnten uns deswegen verständigen, weil diese Verstärkung der Kaufkraft des inneren Marktes, die auf diese Weise erreicht werden könnte, mittelbar auch den industriellen Arbeitern, auch den industriellen Angestellten, auch den städtischen Gewerbetreibenden zugute käme. Wir könnten uns auf diesem Gebiete der Schweinezucht deshalb verständigen, weil die Entwicklung dieses neuen Produktionszweiges, dadurch daß sie die Kaufkraft mittelbar stärken würde, mittelbar für uns auch ein Mittel wäre, tausenden heimischen Arbeitern und Angestellten, die heute arbeitslos sind, Arbeit zu verschaffen.

Deswegen halten wir es für einen verhängnisvollen Fehler, daß Sie, statt die Verständigung mit uns auf solchen Gebieten zu suchen, wo es möglich wäre, die Regierung unter einen Druck setzen, Dinge zu machen, die unmöglich, die untragbar und die ein volles Verderben für unsere Volkswirtschaft wären. *(Lebhafter Beifall links.)*

Meine Herren! Wenn ich aber diese Frage schon einmal ausführlich darlege, so möchte ich, daß wir sie doch auch von einem weiteren Gesichtspunkt aus betrachten. Wir sollen nicht bloß an die Not des Augenblickes denken, sondern sollen uns doch auch einen Plan darüber machen, was denn aus unserer Volkswirtschaft werden soll und nach welcher Richtung sie sich entwickeln soll. Sie suchen unserem Getreidebauer für jeden Fall, was immer am Weltmarkt geschieht, einen stabilen Preis zu sichern. Aber wie beurteilen Sie denn eigentlich die künftige Entwicklung der Preise auf dem Weltmarkt? Meine Herren! Prophezeien ist ein undankbares Geschäft, und man kann da leicht widerlegt werden. Aber wenn ich auf Grund dessen, was ich beobachte, mir ein Urteil bilden soll, so muß ich sagen, daß wir für absehbare Zeit mit einer Periode niedriger Getreidepreise auf dem Weltmarkt zu rechnen haben werden. Ich meine, daß diese Agrarkrise nicht von heute auf morgen vergehen wird, daß sie vielleicht ebensolange dauern wird wie die Krise, die in den siebziger und achtziger Jahren herrschte. Ich will hier keine theoretischen Darlegungen vorbringen und nur ganz kurz auf zwei Tatsachen hinweisen, die meiner Ansicht nach allein schon genügen, diese Prognose über die künftigen Weltmarktpreise des Getreides zu stellen. Die eine Tatsache ist die ungeheuer schnell fortschreitende Mechanisierung der überseeischen Landwirtschaft. Ich habe vor ein paar Monaten eine Darstellung in der Hand gehabt, die zahlenmäßig zu zeigen versuchte, wie die Kosten der Erntearbeit in den Vereinigten Staaten von Amerika durch die Einführung des Mähdeschers gesenkt wurden. Nach dieser Statistik, die aus amtlichen amerikanischen Quellen stammt, betrugen die Erntekosten in den Great Plains für je einen Bushel Weizen bei Verwendung des Binders 28½ Cents, bei Verwendung von Köpfmaschinen 22½ Cents, aber bei Verwendung des Mähdeschers 13 Cents. Wenn Sie sich nun vergegenwärtigen, daß in den Vereinigten Staaten die Erntekosten einen viel größeren Teil der Gesamtkosten ausmachen als bei uns, weil ja die Wirtschaft viel extensiver ist, Düngerkosten usw. daher wegfallen, so versteht man vielleicht, was dort vorgeht. Nach amerikanischer Überlieferung würden bei sinkenden niedrigen Getreidepreisen, wenn die Produktionstechnik unverändert bleibt, unzählige Farmen aufgelassen und die Anbauflächen möglichst verkleinert werden. Das geschieht heute nicht in dem Maße, in dem man es erwarten sollte, und zwar offensichtlich deshalb nicht, weil eben die Produktionskosten so gesenkt sind, daß größere Farmen, die Mähdescher verwenden können, auch bei den niedrigeren Produktionskosten noch bestandfähig sind. Wenn man nun weiß, daß diese Mechanisierung nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in Kanada, in Argentinien, in Australien

vor sich geht, daß sie zudem verbunden ist mit Verbesserungen in der Saatgutzüchtung, die die Getreidezone in Kanada immer weiter nach Norden schieben, wenn man sich erinnert, daß infolge der Verschiebung der Bevölkerung vom Lande in die Städte die Konsumgewohnheiten sich ändern, der Getreideverbrauch pro Kopf fortwährend sinkt, während der Verbrauch anderer Lebensmittel pro Kopf steigt, dann ist es mir mindestens sehr wahrscheinlich, daß in den nächsten Jahren trotz der niedrigen Preise dieses gewaltige Angebot der überseeischen Länder auch weiter auf die Getreidepreise drücken wird.

Wenn ich nun vom Westen einen Augenblick nach dem Osten gehe, so sehe ich auch dort Anzeichen, die nach derselben Richtung deuten. In Rußland wird heute eine ganz gewaltige Kunstdüngerindustrie aufgebaut. Man hat im Ural Kallilager erschlossen, die angeblich größer sein sollen als die deutschen, man hat im Norden Upatillager entdeckt, die eine Grundlage für die Phosphordüngerproduktion sind, und man erbaut gleichzeitig eine Reihe von Fabriken für die synthetische Erzeugung des Stickstoffes. Wenn man das zusammennimmt, so muß man erwarten, daß in nicht langer Zeit die so überaus niedrigen Hektarerträge der russischen Landwirtschaft durch die dort bisher fast unbekannte Verwendung des Kunstdüngers gewaltig werden gesteigert werden. Und wenn man bedenkt, daß auch hier noch sehr starke Bemühungen um die Verbreitung sortierten und höher gezüchteten Saatgutes dazukommen, so erscheint es wahrscheinlich, daß Rußland in ein paar Jahren wieder beträchtliche Exportüberschüsse zur Verfügung haben und in einem steigenden Maße als Getreideexporteur, wie in der Vorkriegszeit, wird auftreten können.

Wenn ich nun diese Tatsachen von Westen und von Osten zusammennehme, so muß ich mir sagen: wenn ich mit einer langen Periode niedriger und vielleicht noch sinkender Weltmarktpreise des Getreides rechnen muß, darf ich dann das Schicksal unserer Landwirtschaft auf das Getreide stellen? Muß ich dann nicht umgekehrt die Zukunft in der Veredlung des Getreides sehen und nicht in dem Verkauf des Rohstoffes? *(Rufe Sehr richtig! links.)* Treiben wir nicht, wenn wir uns auf Ihren Weg begeben, eine falsche Politik, wenn wir gerade hier, mitten in dieser Welt, den Getreidepreis stabil erhalten wollen trotz allem, was in der Welt im Westen und im Osten vorgeht, wo dann schließlich so groteske Mißverhältnisse entstehen zwischen Inlandspreis und Auslandspreis, zwischen dem, was die Sache wirklich kostet und was der Staat an Zoll dafür bekommt, wie wir dies heute schon beim Zucker haben? Ich glaube, wir gehen einen falschen Weg. Wir gehen auch einen falschen Weg, wenn wir glauben, das Schwergewicht unserer Wirtschaftspolitik auf die Erhöhung der Schlachtrinderzölle

legen zu können. Wir Sozialdemokraten sind immer dafür eingetreten, die Rindermästung im Inlande soweit als möglich zu fördern, und haben selbst wiederholt in diesem Sinne Anträge gestellt; aber Sie müssen verstehen, meine Herren, den Bedarf zu decken, der hier ist, dazu müßte man eine Mäst haben, wie sie nur zu entwickeln wäre auf Grund landwirtschaftlicher Nebenindustrien — Zucker, Spiritus, Brauereien — in einem Umfange, wie wir sie hier eben nicht haben. Auch das ist also ein falscher Weg. Wenn Sie dagegen darauf eingehen, was ich hier vorgeschlagen habe, dann lassen Sie die Utopien mit Getreide und Rindern und gehen wir entschlossen den Weg, in der Schweinezucht einen großen Teil unseres Bedarfes selbst zu decken. Dann kommen Sie zu etwas, was gar nichts Utopisches ist, zu einem Zweige der Landwirtschaft, wie er so recht für einen Industriestaat taugt. Denn das sind Dinge, die man nicht aus Amerika und Rußland einführen wird, sondern die ihren natürlichen Standort in der Nähe von großen Städten und Industriegebieten haben.

Deswegen meine ich, es ist falsch, was Sie da machen wollen von Ihrem eigenen Standpunkte aus; es ist unerträglich für die industrielle und städtische Bevölkerung, es macht eine Verständigung unmöglich. Opfer — gewiß meine Herren! Sie können auch Opfer vom Konsumenten verlangen. Ich täusche mich nicht, daß auch diese Maßnahmen der Schweinezucht, die ich so gern sehen würde, gewisse Opfer von den Konsumenten fordern würden. Aber Sie können nicht Opfer auf der ganzen Linie verlangen. Sie können nicht wirksame Maßnahmen auf Kosten der Konsumenten für die Schweinezucht verlangen, wenn Sie gleichzeitig bei Getreide und Schlachtrindern dem Konsumenten Unmögliches und Unerträgliches auferlegen wollen.

Wenn wir davon sprechen, wie das durchführbar wäre, dann würden wir auch darüber reden, welche Mittel dazu zweckmäßig sind, die heimische Schweinezucht zu entwickeln. Ich glaube nicht, daß Zoll-erhöhungen und Absperrungsmaßnahmen die einzig möglichen Mittel sind. Sie sind die gefährlichsten, weil sie die Rache der ausländischen Staaten an unseren Industrieprodukten zur Folge haben und die Industriearbeiter und Angestellten arbeitslos machen. Man kann dieselben Dinge auch mit anderen, weniger gefährlichen Mitteln erreichen, wenigstens zum Großteil — ich will nicht sagen, daß man zoll- und handelspolitische Mittel gänzlich entbehren kann. Aber das, meine Herren, worum es sich mir handelt, ist hier zu sagen: das ist ein falscher Weg, den Sie gehen. Diese Forderungen, die Sie an die Regierung gestellt haben bezüglich der neuen Handelsvertragspolitik, sind Forderungen, die vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft unerträglich sind, weil sie für die Industrie, für das Gewerbe, für

die Arbeiter und Angestellten, für die städtische Bevölkerung überhaupt unerträgliche Konsequenzen hätten. Wir bieten Ihnen einen anderen Weg, wir sagen: Ja, wir verstehen: so wie wir Hilfe für die Industrie verlangen, müßt ihr Hilfe für die Landwirtschaft verlangen. Suchen wir also den mittleren Weg. Ich habe mich bemüht, Ihnen zu zeigen, daß wir selbst Wege suchen, auf denen wir zusammenkommen könnten. Was aber Sie wollen: den Weg eines brutalen, einseitigen, gegenüber dem Schicksal von hunderttausenden Arbeitern und Angestellten gleichgültigen Klassendiktates, das ist ein Weg, der uns zum schärfsten Widerstand herausfordert. *(Lebhafter Beifall links.)*

Wenn ich nun von der Frage spreche, ob wir uns über einen mittleren Weg der Wirtschaftspolitik verständigen könnten, so muß ich dazu allerdings auch noch etwas anderes sagen, denn diese Wirtschaftspolitik hängt noch mit einer anderen großen Sorge der Arbeiter- und Angestelltenschaft, mit ihrer vielleicht größten Sorge zusammen.

Wir haben heute nach der amtlichen Statistik auf je $3\frac{1}{2}$ beschäftigte Arbeiter und Angestellte einen Arbeitslosen. Alle Schwierigkeiten, mit denen wir zu ringen haben, um die Arbeitslosenversicherung aufrechtzuerhalten, gehen aus dieser Zahl hervor. Allerdings, wenn $3\frac{1}{2}$ Beschäftigte einen Arbeitslosen erhalten sollen, so kommt man da natürlich zu viel zu hohen Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung, und wenn die Herren Unternehmer dann anfangen, sich darüber zu beklagen, so gerät die Arbeitslosenversicherung in Gefahr. Es ist gewiß unmöglich — ich gebe das ohne weiteres zu —, daß die Industrie und das Gewerbe, Unternehmer und Arbeiter auf je $3\frac{1}{2}$ Beschäftigte einen Arbeitslosen erhalten. Aber wie soll man diese Schwierigkeit überwinden? Da haben Sie sich das Schlagwort von einer Reform der Sozialversicherung erfunden. Ja, wir wissen doch, was dahinter steckt. Sie glauben, die Tatsache, daß auf $3\frac{1}{2}$ Beschäftigte ein Arbeitsloser erhalten werden muß, einfach dadurch aus der Welt schaffen zu können, daß Sie diesen einen nicht mehr erhalten. Was Sie Reform der Sozialversicherung nennen, ist doch nichts anderes als die Vorstellung, man könnte dieses schwerste soziale und finanzielle Problem dadurch lösen, daß man zehntausenden Arbeitslosen, denen man keine Arbeit zuweisen kann, die Arbeitslosenunterstützung einfach nimmt und anderen, die ohnehin mit der Unterstützung nicht leben und ihre Kinder nicht sättigen können, die Arbeitslosenunterstützung kürzt. Aber so populär eine gewissenlose, leichtfertige und unmenschliche Propaganda diesen Gedanken auch in den Kreisen großbürgerlicher Schichten und leider auch, wie wir zu unserem großen Bedauern sehen, in manchen Kreisen der Bauernschaft gemacht hat *(Zustimmung links)*, so muß man doch sagen, das

ist keine Lösung des großen sozialen Problems des Landes, daß wir Hunderttausende unserer Mitbürger dem Hungertode preisgeben. Man kann im 20. Jahrhundert soziale Probleme nicht durch — wie ich es schon im Finanzausschuß ausgedrückt habe — physische Ausrottung der Menschen, deren Erhaltung einem zu schwer fällt, lösen. Das ist unmöglich.

Etwas ganz anderes muß geschehen. Diese große Arbeitslosigkeit ist einfach eine nationale Katastrophe, die uns so getroffen hat wie viele andere Nationen auch. Sie ist heute im Verhältnis zur Bevölkerungszahl hier nicht am größten, sie ist in anderen Ländern noch größer, aber sie ist hier am drückendsten, weil wir schon am längsten unter ihr leiden und weil wir Massen von Arbeitern haben, die schon überaus lange arbeitslos sind, und weil daher die Wirkungen der Arbeitslosigkeit auf den Haushalt der einzelnen, auf die Gesundheit der Erwachsenen und der Kinder und auf den moralischen Zustand der betroffenen Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung noch schwerer sind als anderswo. Ein solches Problem kann ich nicht lösen, indem ich den Leuten die Arbeitslosenunterstützung entziehe. Wenn eine Nation eine Katastrophe betroffen hat, so wie uns die Arbeitslosigkeit, dann ist es eben Pflicht der Gesamtheit, für die Opfer dieser Katastrophe einzutreten. *(Lebhafter Beifall links.)* Wir haben bisher hier in Österreich das Gegenteil getan. In keinem Lande, in dem überhaupt eine geregelte Arbeitslosenversicherung besteht, gibt es das, daß nach dem Gesetz die Unternehmer und die Arbeiter allein die Kosten bezahlen sollen. *(Zustimmung links.)* Überall zahlt der Staat einen Großteil der Kosten mit. Er muß es hier bei uns schließlich auch tun, weil er die Vorschüsse, die er gibt, nicht mehr hereinbekommt. Hier müssen wir die Lösung suchen. Wenn Sie, meine Herren von den agrarischen Bänken, von uns Verständnis für die Notwendigkeiten der Landwirtschaft verlangen können, Verständnis dafür, daß man den wirklich notleidenden Massen der kleinen Bauern helfen muß, dann haben wir ein Recht, von Ihnen das menschliche Verständnis und das mitbürgerliche Gefühl für die Not der arbeitslosen Mitbürger in diesem Lande zu verlangen. *(Lebhafter Beifall links.)* Und ich kann mir keine Verständigung zwischen uns denken, die dieser Notwendigkeit nicht Rechnung trägt.

Ich weiß: die Lage unseres Budgets ist, wie der Herr Berichterstatter gesagt hat, gespannt. Sie ist vielleicht noch mehr. Ich weiß auch, daß es heute sehr schwer ist, diese großen finanziellen Mittel aufzubringen. Aber sie müssen aufgebracht werden; denn die Notwendigkeit, die Menschen nicht verhungern zu lassen, steht höher als alle anderen Notwendigkeiten. *(Erneuter Beifall links.)* Der Staat wird eben einen größeren Teil der Kosten

auf sich nehmen müssen, da Unternehmer und Arbeiter allein nicht imstande sind, das zu tragen. Und wenn der Staat die Mittel dazu nicht hat, so muß er sie sich eben beschaffen.

Wir geben so die Kleinigkeit von 32 Millionen Schilling — 5 S auf den Kopf der Bevölkerung, Säuglinge und Greise mitgerechnet — zur Förderung des Rübenbaues aus, wie man euphemistisch sagt. 32 Millionen Schilling jährlich geben wir aus, nur um ein halbes Duzend Zuckerrübenfabriken, um ein paar tausend Rübenbauern zu fördern! Und wir sollten nicht die Mittel haben, um Hunderttausende unserer Mitbürger vor dem Verhungern zu schützen? Wenn wir sie nicht haben, dann müssen wir sie eben aufbringen, so schwer das auch sein mag; denn es hat niemand das Recht, ein Opfer dafür zu verweigern, daß ein so großer Teil der Bevölkerung für die Dauer der Wirtschaftskrise am Leben erhalten wird.

Und wenn Sie von Zöllen reden — sprechen wir doch auch einmal von der Verwendung dieser Zölle! Der Herr Finanzminister hat in seinem Budget gleich so die Kleinigkeit von 49 Millionen Schilling, die er sich aus diesen erhöhten Zöllen holen will, zur Bedeckung des Defizits dieses Budgets eingestellt. Wenn Ihre Pläne verwirklicht würden, dann würden die Zölle nicht ein Mehrerträgnis von 49 Millionen, sondern von weit über 100 Millionen Schilling aufweisen. 100 Millionen Schilling würde dem Finanzminister dieser 18-S-Preis beim Weizen und der entsprechende Preis beim Roggen allein eintragen, ohne das andere, was Sie vorhaben. Das, was Sie verlangen, ist ganz unmöglich. Jeder Vertreter städtischer und industrieller Interessen würde nach meiner innersten Überzeugung seine Pflicht größtenteils vernachlässigen, wenn er sich gegen diese weitgesteckten Pläne nach einer Übervalorisierung der Getreide- und Viehpreise gegenüber der Vorkriegszeit nicht wehren würde. Aber ich weiß: Auch dann, wenn Sie diese unmöglichen Pläne aufgeben und wenn wir uns auf einer mittleren Linie zu verständigen suchen, werden Zollerhöhungen kommen. Dann muß ich eben sagen: wenn man schon, wenn auch geringere Zollerhöhungen den arbeitenden Menschen in einer solchen Zeit auferlegt, dann muß das Erträgnis dieser Zollerhöhungen wenigstens für das, was dringend notwendig ist, verwendet werden: in erster Linie für die Erhaltung der Arbeitslosen. *(Beifall links.)* Und es darf mir niemand sagen, daß man Hunderttausende Menschen in Gefahr um ihre nackte Existenz bringen dürfe, während man auf der anderen Seite einem Teil der Bevölkerung, nur weil er innerhalb der Mehrheit dieses Hauses stärker vertreten ist, einseitig auf Kosten der anderen zu helfen sucht.

Wenn ich das nun dargelegt habe, so werden Sie mein Urteil über dieses Budget verstehen. Es wird

uns ein Budget mit Ansätzen für die Steuereinnahmen vorgelegt, von denen eigentlich jedermann weiß, daß wir diese Steuereinnahmen nicht erreichen werden, wenn sich die wirtschaftliche Lage nicht wider alles Erwarten früher, als man hoffen kann, bessern sollte. Sie haben hier ein Budget vorgelegt, das, wie der Herr Berichterstatter selbst dargelegt hat, im Kapitel „Bundesbahnen“ eine empfindliche Lücke und eine große Gefahr enthält. Sie haben hier ein Budget, das den notwendigen Mehraufwand für die Arbeitslosen — notwendig infolge der Vergrößerung der Zahl der Arbeitslosen — nicht enthält. Was wollen Sie mit diesem Budget anfangen? Wie wollen Sie das decken? Was die Bundesbahnen betrifft, so haben sie ein sehr einfaches Mittel gefunden: man solle die Bezüge der Eisenbahner kürzen, sehr empfindlich kürzen. Und während Sie das den Eisenbahnern zumuten, stellt der Herr Finanzminister gleichzeitig 49 Millionen für Mehreinnahmen aus erhöhten Lebensmittelzöllen in sein Budget ein! Auf der einen Seite Lohnkürzung, auf der anderen Seite Verteuerung von Mehl, Brot, Fleisch usw.; denn Steuern auf diese Waren sind diese 49 Millionen, die der Herr Finanzminister einstellt. Sie haben einen nicht gedeckten Mehraufwand für die Arbeitslosen. Was wollen Sie damit machen? Sie wollen die „Sozialversicherung reformieren“, das heißt, Sie wollen den Arbeitslosen die Unterstützung entziehen und die Arbeitslosenunterstützung kürzen. Während Sie das machen, entwerfen Sie gleichzeitig einen Plan für die ungeheuerlichste Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel. Fühlen Sie nicht, daß das ein herausforderndes Budget ist? Ein Budget, das den Arbeitern und Angestellten sagt: Wenn du beschäftigt bist, nehme ich dir die Löhne durch die Verteuerung der Kosten der Lebenshaltung weg; wenn du aber nicht beschäftigt bist, nehme ich dir die Arbeitslosenunterstützung, dafür wirst du aber Brot und Mehl teurer bezahlen müssen. Fühlen Sie nicht, daß jeder Arbeiter und Angestellte weiß, was eigentlich im Budget steckt und was hinter diesen Zahlen steckt, daß es ein Budget einer brutalen, einer rücksichtslosen Klassenpolitik ist, die Sie betreiben? *(Lebhafter Beifall links.)*

Wir Sozialdemokraten könnten für ein Budget stimmen, wenn es ein Budget eines vernünftigen Ausgleiches der widerstreitenden Interessen wäre, ein Budget, das versuchen würde, die Interessen der großen Massen der bäuerlichen Bevölkerung mit denen der großen Massen der industriellen Arbeiter- und Angestelltenschaft auf eine mittlere Linie zu bringen. Das hier aber ist kein solches Budget. Das hier ist ein Budget, das keine Vorsorge für die dringendsten aller sozialen Notwendigkeiten trifft, für die Sicherung des nackten Lebens der Arbeitslosen, ein Budget, das sein Defizit durch eine

unerträgliche Verteuerungspolitik auf der einen und durch eine Politik der Lohnsenkungen auf der anderen Seite zu decken sucht. Für ein solches Budget wird mit gutem Gewissen keiner stimmen können, dem Arbeiter oder Angestellte oder sonst Angehörige der breiten Massen der werktätigen Bevölkerung unserer Städte und Industrieorte die Wahrung ihrer Interessen anvertraut haben. *(Lebhafter Beifall links. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Ramek den Vorsitz übernommen.)*

Rollmann: Hohes Haus! Wenn der Voranschlag das Spiegelbild der Wirtschaft ist, dann ist dieser Voranschlag tatsächlich ein Spiegelbild der allgemeinen Wirtschaft. Wir haben im Laufe der letzten Tage Gelegenheit gehabt, verschiedene Stimmen zu hören, die mit allem Ernste die Verhältnisse gezeichnet haben. Gelegentlich der Aussprache über die Abgabenteilung hat der Herr Bundeskanzler ernste und eindringliche Worte der Warnung an die Vertreter der Länder und Gemeinden gerichtet und ihnen nahegelegt, in Zukunft mit der größten Sparsamkeit die Arbeiten ihrer Körperschaft zu verwalten. Wir haben im Finanz- und Budgetausschuß den Herrn Bundesminister für Finanzen gehört, der in nicht mißzuverstehender Form die Schwierigkeiten aufgezeigt hat, die die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes im Bundeshaushalt mit sich bringt, und wir haben den Herrn Minister für soziale Verwaltung gehört, der davor gewarnt hat, Hoffnungen zu erwecken, die nicht erfüllt werden können, der vor Steigerungen gewarnt hat, die von der Regierung nicht mitgemacht werden könnten, und der an alle den Appell gerichtet hat, hier mit Vernunft, mit Ruhe und Überlegung vorzugehen. Wir haben heute dem Berichterstatter zugehört, und auch er hat uns dasselbe dargelegt. Worte, die von so vielen verantwortlichen Personen im gleichen Sinne gesprochen wurden, entsprechen wohl gewiß der Wahrheit. Und in dieser ernsten Zeit steht schon die gesamte Wirtschaft vor der Tür und sagt: Ich bin nicht mehr in der Lage, die Steuern zu tragen, die du mir auferlegst; du hast mir eine Erleichterung der Steuerlasten in Aussicht gestellt; ich appelliere an dich, Regierung, dein Versprechen auch zu erfüllen; bist du aber dazu nicht imstande, so bewahre uns wenigstens vor jeder weiteren Belastung! Dieselben Kreise, ob groß oder klein, ob Gewerbe, Industrie oder Handel, klagen ohne Unterschied in gleicher Weise auch über die Höhe der sozialen Lasten. Diese Lasten sind hoch, und man kann hier durchaus nicht gleichgültig darüber hinweggehen, auch wenn man es wollte. Wer die sozialen Lasten in ihrer Auswirkung auf die Produktion kennt, der muß hier seine warnende Stimme erheben: Eine Steigerung dieser Lasten kann ohne große Gefahr für die Produktion nicht mehr stattfinden. Wir wünschen nicht, daß diejenigen, die gegenwärtig das Unglück haben,

soziale Errungenschaften genießen zu müssen, in ihren Rechten beschnitten werden. Das sei uns vollkommen fern! Wir wünschen es nicht. Aber eines wünschen wir: daß Auswüchse, die sich zeigen, bekämpft werden *(Zustimmung rechts)*, daß man jene Mißbräuche dieser Einrichtungen beseitigt, die eben den ganzen Unmut der Öffentlichkeit auf sich ziehen, und zwar zum Schaden des guten, braven Arbeiters, der das Recht auf die Unterstützung redlich erworben hat. *(Zustimmung rechts.)*

So steht bei uns heute die Situation. Nun hat Herr Dr. Otto Bauer eine Frage angeschnitten, die gewiß sehr ernst ist, nämlich die Agrarfrage. Ich bin so wenig Agrarier wie Herr Dr. Otto Bauer, aber eines weiß ich: Die Agrarier haben nicht das allergeringste Interesse an einem Zoll, wenn der Preis ihrer Ware im Inland eine solche Höhe hat, daß sie die Produktionskosten und den Verbrauch der Familie zu decken imstande sind. *(Beifall rechts.)* Das ist des Pudels Kern! Wenn Herr Dr. Otto Bauer berechnet, welche prozentuellen Erhöhungen bei Durchführung bestimmter Vorschläge eintreten würden, so gestatte ich mir, der Meinung Ausdruck zu geben, daß die Grundrechnung des Herrn Dr. Otto Bauer nicht richtig aufgebaut ist. Würde er seine Rechnung auf dem Normalpreis für Getreide aufbauen, wie wir ihn noch vor zwei Jahren hatten, so würde sich zeigen, daß bei einem Weizenpreise von 44 oder 46 S unsere Landwirtschaft keine Unterstützung, keinen Zollschutz, keine Aushilfe braucht. Aber weil dieser Preis von 44 und 46 S auf 24 S heruntergegangen ist, weil er um fast 50 Prozent gesunken ist, verhält sich die Sache anders. Das Sinken des Preises bedeutet hier nicht ein Sinken des Ertrages der Landwirtschaft um 50 Prozent, sondern es bedeutet die Vernichtung des Ertrages für die Landwirtschaft. *(Sehr richtig! rechts.)* Durch das Sinken des Preises ist die Arbeit des Landwirtes ergebnislos geworden, das heißt der Bohn, den er aus seiner Wirtschaft beziehen mußte, ist um 100 Prozent, also auf Null, herabgesetzt worden. *(Sehr richtig! rechts.)* Kann man solchen Verhältnissen ruhig zusehen? Kann man eine solche Sache ruhig weiterlaufen lassen? Ich glaube nicht!

Es hat der Herr Dr. Otto Bauer dann die Meinung ausgesprochen: es gibt einen Weg, der uns weiter führen könnte, das ist die Schweinezucht und Schweinemast. Soweit ich in den landwirtschaftlichen Kreisen bekannt bin, ist dieser Weg auch in diesen Kreisen bereits vor längerer Zeit nicht nur angeraten, sondern auch beschritten worden. Unsere Landwirte haben ja Schweine gezüchtet, sie haben ja Schweine gefüttert! Das ist natürlich zu machen. Darin gebe ich Herrn Dr. Otto Bauer ganz recht, daß diese Tiergattung sich am besten dazu eignet, in verhältnismäßig kurzer Zeit große Massen zu produzieren. Aber eines ist ausgeblieben: die

Garantie für den Schweinepreis! (*Lebhafte Zustimmung rechts.*) Die Schweine haben vor der Aktion auf dem Markte 2 S 20 g gekostet, sie kosten jetzt im besten Falle 1 S 50 g und gehen herunter bis 1 S, bis 90, ja bis 80 g. (*Sehr richtig! rechts.*) Ja, wenn nun die Möglichkeit bestünde, jenen Schweinepreis, der die Garantie gibt, daß der Landwirt auch einen Ertrag aus der Fütterung hat, aufrechtzuerhalten — bitte, darüber läßt sich reden! Veredelung des Getreides! Veredelung aller Fruchtgattungen! Auch darüber ist mit der Landwirtschaft zu reden. Was müßte man aber jetzt machen, um statt des Preises von 90 g einen solchen von 2 S 20 g zu garantieren? Nun, man müßte eine Zollerhöhung um 130 Prozent des Preises machen! Es ist dasselbe Stück, wieder dasselbe Stück! Die Landwirtschaft ist nicht interessiert an hohen Preisen, sie ist interessiert an Preisen, die die Kosten ihrer Arbeit auch decken. (*Rufe rechts: So ist es!*) Gewiß, ein Grundlag, den ich vollends unterschreibe, ist der: Je niedriger der Preis der Nahrungsmittel, desto niedriger der Gestehungspreis aller Erzeugnisse der Industrie und aller Erzeugnisse des Gewerbes. Und man könnte auf Grund dieses Gedankens ja etwa versuchen, ob es in diesem Augenblick nicht zweckmäßig und gut wäre, auf den Anbau von Getreide zu verzichten und die Nahrungsmittel, die in so billiger Form und in so großer Masse auf dem Weltmarkt zu erreichen sind, ins Inland zu bringen, um der Industrie und dem Gewerbe und der städtischen konsumierenden Bevölkerung die Nahrung zu billigen Preisen zu geben. Nun, was würde das bedeuten? 40 Prozent der Gesamtbevölkerung dem Hungertode ausliefern! Denn wenn die Agrarier, wenn die Landwirte nicht mehr erzeugen können — weil sie eben im Konkurrenzkampf nicht mehr mitkönnen —, dann müssen sie auswandern, dann müssen sie zugrunde gehen. Und was ist das weitere Ende? Daß die anderen mitwandern müssen; denn ohne Landwirtschaft ist kein Leben. Es gibt keinen Staat und es gibt kein Land, das auf Beständigkeit Anspruch erheben kann, wenn nicht die Landwirtschaft die Grundlage ist, auf der der ganze Staat aufgebaut ist. (*Rufe rechts: Sehr richtig!*) Sie ist die Grundlage der Bevölkerung, und sie ist die Grundlage der Stabilisierung. Dort, wo der Landwirt ist, ist man mit dem Boden verwachsen, er gehört zu dem, was für einen Staat notwendig ist, er ist der eigentliche Bewohner des Landes.

Ich habe nun bezüglich der Besteuerung noch einiges zu sagen. Ich klage darüber, daß die Besteuerung der Gemeinden für monopolartige Betriebe ungünstiger gehandhabt wird als für den Privaten. Während der Private die Berechtigung hat, seine Ware zu den verschiedensten Preisen abzusetzen, so auch zu Preisen, die ohne Gewinn sind, wird bei der Gemeinde das nicht gestattet. Sie darf an sich

selbst nicht zum Eigenkostenpreis verkaufen, sie muß bei sich selbst verdienen, um dann die Steuersumme zahlen zu können. Ich bitte den Herrn Finanzminister, auch dieser Form der Besteuerung der öffentlichen Betriebe der Gemeinden sein Augenmerk zuzuwenden, sie zu prüfen und auf jenes Maß zurückzuführen, das als erträglich und gut bezeichnet werden kann.

Der Herr Abg. Dr. Otto Bauer hat auch von der Arbeitslosigkeit gesprochen. Ich bin mit seinen Ausführungen vollkommen einverstanden. Wir bedauern die Arbeitslosigkeit. Wir fühlen sie alle selber. Gibt es doch keinen Menschen, der nicht einen Arbeitslosen in der Familie hat. Wir wünschen, daß die Arbeitslosigkeit zurückgehe, daß sie gänzlich behoben werde. Nur soll man uns sagen, woher wir die Mittel dazu nehmen und was wir machen sollen, um die Arbeitslosigkeit zu beheben. Vielleicht könnte man es dadurch tun, daß man im Inlande in der gesamten Bevölkerung dem Gedanken den breitesten Platz einräumt: Gehe du einen Groschen ausgiebst, sieh nach, ob der Groschen in das Ausland wandert oder im Inlande bleibt! (*Lebhafte Zustimmung rechts.*) In dieser Zeit wirkt es aufreizend, wenn man die ungeheuren Plakate und Annoncen für Bananen sieht. (*Zustimmung rechts.*) Ein Land, das so arm ist, in welchem die Not an die Türe eines jeden Hauses pocht, ein solches Land kann sich den Luxus gestatten, ganze Waggonen von Bananen aus Indien und viele andere derartige Früchte zu beziehen? Es handelt sich doch um Dinge, die für jeden leicht entbehrlich sind. Lehren wir unsere Bevölkerung, darauf zu achten, ob eine Ware im Inland wächst, im Inland hergestellt wird. Das kann bei den Nahrungsmitteln beginnen, die nicht im Lande erzeugt werden, ohne die wir aber auch leben können. Es ist ja nicht wahr, daß wir gerade alles das haben müssen, was im Auslande gedeiht oder erzeugt wird. Man kann ohne diese Dinge leben, weil ja die Leute Jahrtausende ohne sie gelebt haben. Dasselbe gilt aber auch für den Einkauf gewerblicher und industrieller Produkte. Wenn auch da jeder bedenkt, ob er das Geld, das er ausgibt, für den eigenen Volksgenossen hergibt, dann müssen die Verhältnisse besser werden, wenigstens so weit, daß wir sagen können: Es geht uns zwar noch nicht so gut, aber es geht uns erträglich. Ich appelliere an alle unsere Kollegen, auch in diesem Sinne zu arbeiten und draußen zu wirken. Vielleicht kommen wir da eher zu einer Besserung, als wir glauben.

Schaffung von Arbeitsgelegenheit! Da gestatte ich mir, ein Kapitel anzuschneiden, das vielleicht schwierig ist. Es ist die Elektrifizierung der Bundesbahnen. Die Elektrifizierung der Bundesbahnen war in Österreich lange ein Kampfbjekt. Die einen haben hü, die andern hott geschrien. Es haben mehr die Interessenten geredet als das eigentliche Volk.

Der Kampf ist zwischen den Interessenten ausgefochten worden und unentschieden geblieben, das heißt, es besteht der alte Zustand. Ich persönlich bin der Anschauung, daß die Elektrifizierung ein gutes Stück Fortschritt bedeutet. Abgesehen davon, daß eine Menge Arbeitsgelegenheit mit ihr verbunden wäre, müßten wir dabei auch dafür Sorge tragen, daß das Tempo ein solches ist, daß die Mittel für die Elektrifizierung nicht im Importwege, sondern durch Erzeugung im Inlande beschafft werden können. Das Tempo muß kein solches sein, daß wir die entsprechenden Maschinen just im Ausland kaufen müssen; es kann sie auch das Inland erzeugen, früher oder später. Die Elektrifizierung der Bundesbahnen wird uns ja für die Zukunft den Import von vielen Millionen und Millionen Tonnen Kohle ersparen. Die Wasserkräfte in unseren Alpen gehen jetzt nutzlos verloren. An der Grenze aber rollt Zug um Zug mit Kohle herein, wofür wieder österreichisches Geld hinauswandern muß. Und schließlich und endlich sind wir ein Fremdenverkehrsland, in welchem jeder ankommende Reisende mit bester Manier behandelt werden soll, und der Reisende auf der Bahn wird am besten dort behandelt, wo er von Ruß, Rauch und Schmutz nicht belästigt wird. Das sind jene Bahnlinien, die mit elektrischem Betrieb arbeiten. Man sieht den Unterschied sofort. Vielleicht könnte das Gebiet beschritten werden, vielleicht könnte die Frage aufgerollt werden. Wir werden uns nicht streiten, wo es beginnen soll. Das wäre Unsinn, wenn wir streiten wollten: Wenn jetzt nicht zuerst die Südbahn gemacht wird, dann bin ich gegen die Westbahn, oder wenn nicht zuerst die Westbahn gemacht wird, dann bin ich gegen die Südbahn. Nein, die natürlichen Voraussetzungen müssen bestimmend sein, wo die Arbeit begonnen, wo sie fortgesetzt und wo sie beendet wird. Wo sie günstiger sind, da müssen auch die Arbeiten früher gemacht werden.

Herr Dr. Bauer hat noch etwas über Zucker gesagt. Er hat erklärt, 32½ Millionen Schilling werden ausgegeben, um die paar Zuckerfabriken und die paar tausend Rübenbauern zu erhalten. Nun bitte, diese Sache kenne ich etwas besser. Diese 32½ Millionen werden ausgegeben, um den Versuch der zuckerimportierenden Länder, durch Unterbietung des Preises die Zuckererzeugung hier zu vernichten, zu vereiteln. (*Zustimmung rechts.*) Denn gehen Sie in jenes Land, das uns den Zucker liefert, hinaus! Dort kostet er mehr, dort ist er teurer als bei uns. Sie werfen den Zucker um einen solchen Preis herein, um zu erreichen, daß unsere Zuckerproduktion aufhört, und wenn der Staat nicht so einsichtig wäre und nicht helfen würde, dann würde es der ausländischen Industrie leicht gelingen, in zwei Jahren unsere Zuckerindustrie lahmzulegen und die Rübenbauern zum Abgehen vom Rübenanbau zu bringen.

Wissen Sie, was dann der Effekt wäre? Dann müßten wir für den Zucker das zahlen, was sie uns an Preisen vorschreiben. (*Zustimmung rechts.*) Wir haben es doch schon gehabt. Also nicht 32½ Millionen für die Zuckerbarone und die paar Rübenbauern, sondern 32½ Millionen Staatszuschuß im Kampfe gegen die Vernichtung einer für uns unbedingt notwendigen Industrie und landwirtschaftlichen Erzeugung. (*Lebhafter Beifall rechts.*)

Gestatten Sie mir, im Zuge dieser Sache auch auf etwas anderes zu kommen, was mit der Landwirtschaft stark zusammenhängt, nämlich auf den Weinbau. Der Weinbau ist jenes Kapitel, das im Laufe der letzten Jahre, bis zum Jahr 1929, unter sehr ungünstigen Verhältnissen gearbeitet hat. Frost, Hagelschlag, Mißjahre haben es dahin gebracht, daß die Angehörigen dieses Standes fast zugrunde gegangen sind. Das Jahr 1930 war ein Ertragsjahr, aber jetzt beginnt die Sorge um den Absatz. Der Absatz kann natürlich nur gewährleistet werden, wenn der entsprechende Schutz des Inlandweines in zollpolitischer Beziehung aufrechterhalten wird. Es sind Zollverhandlungen mit Ungarn im Gange. Ich bitte, bei diesem Anlaß Gelegenheit zu nehmen, keine Verschlechterung, sondern, wenn möglich, eine Verbesserung der Position für Wein zu erreichen und das Inlandprodukt Wein zu schützen. Beim Wein ist es etwas anderes als bei anderen Artikeln der Landwirtschaft. Dort, wo Wein wächst, wächst nichts anderes mehr. Das ist eine Schottergrube, ein Schottergrund; dort kann man keine Kartoffeln, keine Hackfrucht, geschweige irgendein Getreide bauen. Das wird Ödland, das höchstens einmal angewaldet werden kann. Aber das Wachstum ist dort so gering, daß die Anwaldung 300 Jahre braucht, um es zum Schlag zu bringen. Es ist also ein Gebot der Notwendigkeit, daß für den Weinbau auch ein entsprechender Schutz gesucht werde.

Und nun, meine Verehrten, gestatten Sie mir zum Schluß folgendes zu sagen: Die christlichsoziale Partei, die die Verhältnisse, wie sie im Staate sind, voll erkennt, des Ernstes der Zeit sich voll bewußt ist, wird für das vorliegende Budget stimmen, Sie wird dafür stimmen, weil sie überzeugt ist, daß die Regierung den besten Willen hat, mit der größten Sparsamkeit und ohne weitere Belastung der Staatsbürger über dieses Jahr hinwegzukommen und den Augenblick einer Besserung der Verhältnisse zu erreichen. Ich wünsche, daß ihr das gelinge, und ich wünsche, daß wir den Tiefstand der Krise schon überwunden haben und besseren Zeiten entgegengehen. (*Lebhafter Beifall rechts.*)

Neustädter-Stürmer: Frauen und Männer! Die Abgeordneten des Heimatblockes werden gegen das Finanzgesetz stimmen. (*Zwischenrufe in der Mitte.*) Vielleicht wird einer oder der andere von den Herren der Mehrheitsparteien, der durch Klub-

beschluß gebunden ist, für das Budget zu stimmen, uns darum beneiden. (*Lachen in der Mitte.*) Denn wenn Sie daran denken, was Sie noch vor kurzem, vor den Wahlen, Ihren Wählern versprochen haben... (*Gritschacher: Soviel nicht wie der Heimatblock!*) Aber eben darum, weil wir viel versprochen haben, haben wir die Absicht, viel zu halten, während Sie viel versprochen haben und, wie dieses Budget beweist, nichts halten wollen. (*Heiterkeit rechts.*) Sie haben in den Wählerversammlungen doch versprochen, Sie würden die Agrarkrise lösen, Sie haben versprochen, die Steuern würden herabgesetzt werden. (*Zwischenrufe. — Brinnich: Sie haben den 40-g-Weizenpreis versprochen!*) Vom Weizenpreis spreche ich noch. Sie haben versprochen, daß die Steuern gesenkt werden, Sie haben versprochen, daß die Beamtengehälter erhöht werden (*Widerspruch rechts*), Sie haben versprochen, daß die Pensionen erhöht werden. (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Ramek: Bitte um Ruhe.

Neustädter-Stürmer (*fortfahrend*): Und nun stimmen Sie für ein Budget, das keine Steuer-senkung bringt, Sie stimmen für ein Budget, das statt der Steuer-senkung eine wesentliche Erhöhung der Ausgaben bringt, die, wenn nicht durch neue Steuern, so doch wenigstens so hereingebracht werden sollen — weil sie ja nicht anders hereingebracht werden können —, daß die Steuer-schraube noch schärfer angezogen wird.

Wir haben, wie Sie ganz richtig eingeworfen haben, auch Versprechungen gemacht. Aber wir halten es für unmöglich, nach den Versprechungen, die wir gemacht haben, den Wechsel auf diese Art zu bezahlen. Wir werden daher, ich wiederhole es, gegen das Budget stimmen. (*Ironische Heil!-Rufe rechts.*)

Sie werden vielleicht einwenden, daß, wenn nicht im Finanzgesetz, so doch durch die Abgabenteilung ein gewisser Erfolg erzielt wurde. Wir möchten gewiß, da wir ja nicht Anhänger des parlamentarischen Systems sind, da wir im Gegenteil... (*Lachen rechts und in der Mitte. — Mayrhofer: Sie haben erst vor zwei Tagen angelobt! Das haben Sie schon vergessen! — Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Ramek: Ich bitte, den Redner nicht zu stören. Ich bitte um Ruhe. (*Zwischenrufe.*)

Neustädter-Stürmer (*fortfahrend*): Wir sind keineswegs der Meinung, daß die Arbeit, die da durch die Regierung bei der Abgabenteilung geleistet wurde, vielleicht eine geringe war; im Gegenteil, wir sind ganz überzeugt davon, daß diese Form der Demokratie — ich möchte sagen — zu vergleichen ist mit einem schlechten Ofen, den man schwerer dazu bringt, daß er auch heizt und nicht nur stinkt. (*Zwischenrufe.*) Aber wenn sie den Erfolg der Abgabenteilung für sich in Anspruch nehmen, so möchten wir Ihnen doch eines zu bedenken geben: Gewiß, Sie haben erreicht, daß dem Lande

Wien zugunsten der übrigen Länder die Decke ein wenig weggezogen wird. Vergessen Sie aber nicht, daß neben den Ländern und dem Lande Wien noch ein Dritter im Bette liegt, das ist der Steuer-träger, und der wird auch fürderhin nackt liegen. Ihm wäre mit der Abgabenteilung nur dann gedient, wenn sich die Länder entschließen könnten, die erhöhten Einnahmen, die sie aus der Abgabenteilung beziehen, zu Herabsetzungen der Landesabgaben zu verwenden. (*Zustimmung auf der äußersten Rechten. — Dr. Aigner: Dann dürfen aber auch die Ausgaben in den nächsten fünf Jahren nicht steigen!*)

Sie werden vielleicht sagen, daß wir in dem Ausschuß, der sich mit dem Budget befaßt hat, keine Anträge eingebracht haben, wie wir es besser machen wollen. Wenn wir, meine geehrten Herren, glauben würden, daß sich die wirtschaftliche Lage und damit der Haushaltsplan des Staates, der das Spiegelbild der wirtschaftlichen Lage ist, mit den Hausmitteln der parlamentarischen Apotheke so ohne weiteres heilen lasse, dann hätten wir vielleicht solche Anträge eingebracht. Wir sind aber der Ansicht, daß es mit diesen kleinen Mitteln nicht geht, nicht politisch und auch nicht wirtschaftlich. Wir sind der Meinung, daß, wenn wir jemals ein anderes Budget bekommen sollen als dieses, wenn wir jemals die Versprechungen, die wir und die Sie der Bevölkerung gegeben haben, einlösen wollen, wir dann nicht darangehen dürfen, die Symptome dieser Krankheit zu heilen, sondern daß wir daran gehen müssen, das Übel an der Wurzel zu fassen. (*Dr. Aigner: Und das Budget abzulehnen! — Heiterkeit.*) Ich glaube, wenn wir darangehen wollen, das Übel unserer Wirtschaft und unseres gegenwärtigen Staatswesens an der Wurzel zu fassen, dann müssen wir uns wirtschaftlich einmal von der Täuschung befreien, daß wir noch mitten im Zeitalter der freien Wirtschaft stehen, auf der unsere ganze derzeitige Gesetzgebung aufgebaut ist. Meine Herren, das ist ein Irrtum. Längst sind wir aus diesem Zeitalter heraus, längst ist die Säule der freien Wirtschaft, die freie Konkurrenz, gefallen, längst haben sich überall große Verbände zusammengeballt, die die Einzelwirtschaft unmöglich machen und die freie Konkurrenz ausschalten. Ich spreche nicht nur von der Kartellierung des Geldwesens und des Warenmarktes, sondern ich spreche auch von der Kartellierung des Arbeitsmarktes. Denn was ist schließlich die Gewerkschaft anderes als ein Arbeitnehmerkartell? Wir stehen also nicht mehr im Zeitalter der freien Wirtschaft, sondern im Zeitalter einer neuen Wirtschaftsform, einer Verbandswirtschaft, einer gebundenen Wirtschaft. Und wenn wir jemals aus den wirtschaftlichen Krisen herauskommen wollen, so muß unsere ganze Gesetzgebung auf diese neue Wirtschaftsform umgestellt werden.

Oder wenn Sie das nicht wollen, dann müßten Sie sich die Kraft zutrauen, diese Entwicklung der Wirtschaft zurückzuschrauben, dann müßten Sie sich die Kraft zutrauen, die Kartelle und auch die Gewerkschaften zu zerschlagen. Diese Kraft haben Sie, glaube ich, nicht. Ich bin überzeugt davon, daß die sozialdemokratische Partei verschwinden wird — die Gewerkschaften werden nicht verschwinden. *(Lachen links. — Dr. Koref: Das haben Sie schon als Ude-Kandidat im Jahre 1927 gesagt! — Zwischenrufe.)* Ich habe Zeit. Der Herr Abgeordnete macht mir zum Vorwurf, daß ich das schon im Jahre 1927 gesagt habe. Ja, ich sage es heute noch und werde es vielleicht in zwei Jahren wieder sagen. *(Zwischenrufe.)* Auch Sie, meine Herren, haben vieles schon vor vielen Jahren gesagt, was noch nicht eingetroffen ist. *(Lebhaftes Zwischenrufen.)* Es kommt alles, meine Herren, nur nicht drängen. *(Lachen links.)* Die Ansicht, die wir also vertreten, ist die, daß wir der neuen Wirtschaftsform in unserer gesamten wirtschaftlichen Gesetzgebung Rechnung tragen müssen, daß wir unsere gesamte wirtschaftliche Gesetzgebung aus einer Gesetzgebung, die für die freie Wirtschaft eingerichtet ist, auf eine Gesetzgebung umstellen müssen, die für die tatsächlich bestehende Verbandswirtschaft eingerichtet ist. Es sind heute von den Vorrednern schon solche Probleme angeschnitten worden, so das Problem des Getreidemonopols, auch das Problem einer Regelung der Viehzucht.

Was speziell die Viehzucht und Schweinezucht anbelangt, so hat Herr Dr. Bauer die Ansicht vertreten, daß sich die Landwirtschaft hauptsächlich auf die Schweinezucht verlegen solle. Meines Wissens bildet den Schlüsselpunkt des ganzen Schlachtviehverkehres und auch des Schweineverkehres in Österreich der St. Marger Schlachtviehmarkt. Da frage ich Sie von der Linken: Warum reden Sie nur davon, warum machen Sie dieses Tor der österreichischen Viehzucht nicht auf, warum kaufen Sie nicht österreichische statt polnische Schweine? *(Lachen links. — Pick: So redet der Ude nicht!)* O ja.

Was nun unsere Handelsvertragsbeziehungen zum Auslande anbelangt, so stehen wir auf dem Standpunkte, daß diese Beziehungen durch das System der sogenannten Kontingentverträge zu regeln sind. Dieses System, das vom ehemaligen Gesandten Niedeck ausgearbeitet wurde, ist Ihnen allen hinlänglich bekannt, so daß ich hier keine näheren Erläuterungen geben muß. Auffallend in unserem Budget und bemerkenswert, wenn ich so sagen kann, ist der ungeheure Zinsendienst, den wir für die ausländischen Anleihen zahlen müssen, er ist im Haushaltsplan mit nicht weniger als 181 Millionen Schilling eingelegt — ich setze in Vergleich dazu die Ziffer der Arbeitslosenunterstützung im Betrage von 134 Millionen Schilling.

In den Versammlungen vor den Wahlen ist viel von der Verwaltungsreform gesprochen worden, heute scheint die Verwaltungsreform so ziemlich wieder darauf hinauszulaufen, daß man sagt, an dem ganzen Elend in Österreich sind die Spitzenverdiener schuld. Ich bin allerdings kein Spitzenverdiener, aber ich weiß, daß die Spitzenverdiener unter der Beamten-schaft, die gemeint sind, Bezüge von 1500 bis höchstens 2200 S — das sind schon die allerhöchsten — im Monat haben. Wenn Sie schon die Spitzenverdiener unter der Beamten-schaft abbauen wollen, wäre es meiner Meinung nach sehr zweckmäßig, wenn Sie auch einmal die Spitzenverdiener unter den Politikern abbauen würden. *(Rufe: Sehr richtig! auf der äußersten Rechten. — Zwischenrufe.)* Daß Sie keine Freude haben, daß wir hier sind, glauben wir Ihnen sehr gerne, das wissen wir. Das Problem der Verwaltungsreform ist unserer Ansicht nach nicht so einfach zu lösen. Auch das Problem der Verwaltungsreform hängt damit zusammen, daß sich in unserem Staate ganz neue, ständische Bildungen herausgebildet haben, denen man im ganzen Aufbau unserer Verwaltung endlich Rechnung tragen muß. Sie haben seinerzeit die Zweigeleisigkeit der Verwaltung beklagt. Diese Zweigeleisigkeit besteht aber in einem noch viel größeren Ausmaße noch heute, indem neben der staatlichen Verwaltung, der Landesverwaltung usw. auch noch andere Verwaltungen bestehen, wie zum Beispiel die Kammern und sonstige ständische Verwaltungen, die sehr gut einen großen Teil jener Agenden übernehmen könnten, die heute die staatliche Verwaltung zu versehen hat. Hier ist unserer Ansicht nach das Problem der Verwaltungsreform in Angriff zu nehmen, indem man diese schon bestehenden ständischen Bildungen dazu heranzieht, Aufgaben der staatlichen Verwaltung zu übernehmen.

Ein drittes Problem scheint uns das Problem — wenn ich es so nennen kann — der Überstädtierung zu sein. Man hat sich daran gewöhnt, alle Kräfte in die Stadt hineinzuleiten und das Land ausbluten zu lassen. Zahlreiche Maßnahmen, die viel Geld gekostet haben, sind lediglich der städtischen Bevölkerung zugute gekommen. Ich erinnere Sie an die ganze Wohnbauförderung. Warum sind in dieser Hinsicht zum Beispiel nicht auch Mittel für die Landarbeiterfiedlung gegeben worden, die, wenn ich nicht irre, auch vom Landbund befürwortet wird? Sie werden mich sofort der Bildungsfeindlichkeit zeihen, wenn ich frage: Warum dotieren wir unsere Hochschulen und Mittelschulen mit immer größeren Mitteln und schaffen ein immer größeres intellektuelles Proletariat? Trotz aller Bildungsfreundlichkeit muß ich Sie fragen: Hat es einen Sinn, daß man unseren Ländern überall die guten Kräfte entzieht und aus ihnen überflüssige Beamte — weil wir schon zu viele haben — und über-

flüssige Doktoren macht, statt daß man fachliche Fortbildungsschulen, landwirtschaftliche und gewerbliche Schulen sowie Arbeiterwerkschulen unterstützt?

Es ist hier vom Getreidemonopol und vom Getreidezoll gesprochen worden. Den Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Bauer möchte ich nur die Bemerkung hinzufügen, daß er wohl anfangs auch vom Getreidemonopol, später aber in seinen Berechnungen nur mehr vom Getreidezoll gesprochen hat. Das ist nun allerdings ein wesentlicher Unterschied. Denn während bei Einführung eines Einfuhrmonopols das Auslandgetreide, das als Zuschuß noch hereinkommt, an den Konsumenten zu einem Mischpreis abgegeben wird, also der inländische hohe Preis durch den niederen ausländischen Preis verbilligt werden würde, ist das beim Zoll nicht der Fall, sondern beim Zoll ist tatsächlich der Fiskus der einzige, der den Gewinn davon einsteckt. Die 42 Millionen, von denen Abg. Dr. Bauer gesprochen hat, die der Konsument zu zahlen hätte, würden sich bei einem Einfuhrmonopol dadurch ermäßigen, daß ein Mischpreis erstellt wird, bei welchem der inländische hohe Preis durch den niederen ausländischen Preis herabgesetzt wird.

Um zum Schlusse zu kommen — worüber allgemeine Freude herrscht (*Heiterkeit*) —, möchte ich unser Urteil zu diesem Budget dahin zusammenfassen, daß wir stets in unserer ganzen Politik durchgreifende Maßnahmen verlangt haben und nicht schwächliche Mittel, weil wir an schwächliche Mittel nicht glauben. Allerdings gebe ich zu, daß gerade der österreichische Volkscharakter mehr dazu neigt, auf halbem Wege und zu halber Tat mit halben Mitteln zauderhaft zu streben. (*Zwischenrufe links.* — *Mayrhofer: Der Hitler ist in Österreich aufgewachsen und ist so ein schneidiger Kerl!*) Eben. Ich gebe also zu, daß diese schwächliche Methode dem österreichischen Volkscharakter mehr liegt. Ich möchte diese Heilkunst vielleicht mit der Zeileismethode vergleichen, weil Zeileis, wenn jemand zu ihm kommt, der sich nicht gern einer Operation unterzieht, ihm sagt: Es geht auch so, es geht auch ohne Operation, wir werden Sie ein bißchen elektrisch abspritzen! Also wir waren ja in Österreich schon in einer Zeit, wo wir uns beinahe zur Operation entschlossen haben, aber dann ist auch da ein Zeileis gekommen und hat gesagt: Warum denn Operation? Tun wir uns in Ruhe und Ordnung auseinander-schlichten! (*Heiterkeit.*) Ich möchte nicht meine Immunität hier benutzen, um vielleicht das Kurleben in Gallspach irgendwie zu schädigen — ich stelle also ausdrücklich fest, daß ich der ärztlichen Kunst des Herrn Zeileis nicht nahe treten will. Ich stelle aber auch ausdrücklich fest, daß die Zeileis-Politik in Österreich nicht durchgegriffen hat, daß die Zeileis-Politik einen wesentlichen Mißerfolg aufzuweisen hat, und dieser Mißerfolg ist Ihr Budget. (*Lebhafter Beifall auf der äußersten Rechten.*)

Thoma: Hohes Haus! Es ist von diesem Rednerpult aus schon wiederholt auf den Ernst unserer Wirtschaftslage hingewiesen worden, und es haben die Redner aller Parteien von dieser Stelle aus anerkannt, daß zur Behebung dieser Wirtschaftsnot alle wie immer tauglich erscheinenden Mittel zur Anwendung gebracht werden müssen. Wir haben heute die Worte des Herrn Generalberichterstatters gehört, der aus seiner Kenntnis der Materie heraus neuerlich sehr ernst auf die Lage verwiesen hat und der uns neuerlich aufgezeigt hat, daß die Situation Österreichs und seiner Finanzwirtschaft in den ernstesten Stadien sich befindet. Die Ausgaben — so wurde uns gesagt — haben sich verdoppelt. Wir wissen, daß ja auf der Einnahmenseite eine Vervielfachung der Einnahmen Platz gegriffen hat, herausgeschöpft aus unserer Wirtschaft, jener Wirtschaft, von der wir immer und immer wiederum sagen, daß sie notleidend geworden ist. Seit dem Jahre 1925 ist eine Vermehrung der Einnahmen des Staates um 445 Millionen Schilling zu verzeichnen, eine Vermehrung der Einnahmen, die dann gerechtfertigt erscheint, wenn und insofern die Wirtschaft sich für ihre Leistung tragfähig genug erweisen sollte. Die Verhältnisse, die wir draußen auf dem Lande vorfinden, zeigen uns daher, daß wir heute vor einer sehr schweren und sehr entscheidenden Frage stehen, wenn wir den Voranschlag, der uns für das Jahr 1931 vorgelegt wird, zum Beschlusse erheben sollen. Es entbehrt vielleicht nicht ganz des Interesses — ich habe geglaubt, der Heimatblock wird auch für den Voranschlag stimmen —, daß er sich jetzt gegen das Budget ausspricht, deswegen, weil ja dieser Voranschlag zuerst von der Regierung Baugoin-Starhemberg eingebracht worden ist und weil sich ja damit sicherlich der Heimatblock schon einmal auf die Linie dieses Voranschlages gestellt hat. (*Zustimmung in der Mitte.* — *Dr. Hueber: Das stimmt nicht!*)

Nun, meine Verehrten, wir fassen diesen Voranschlag, wie ich früher schon zu entwickeln vermochte, als eine harte Last für unsere Bevölkerung und für unsere Wirtschaft auf, und wir sehen daher den Voranschlag als eine Höchstzifferdarstellung, als einen Rahmen an, innerhalb dessen die Regierung nach bestem Wissen und Gewissen im Sinne unserer Wirtschaft zu arbeiten hat. (*Rufe in der Mitte: So ist es!*) Wir nehmen daher an, und wir haben dieses Vertrauen in unsere Regierung, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln trachten wird, den Voranschlag so zu handhaben und die Finanzwirtschaft unseres Staates so zur Durchführung zu bringen, daß den wirklichen Verhältnissen unserer Wirtschaft hierbei auch während des Jahres entsprechend Rechnung getragen wird. Wir als Landbund werden noch Gelegenheit nehmen, zu diesen Maßnahmen zur geeigneten Zeit unsere Anträge

einzubringen, weil wir eben die Auffassung haben, daß die vorsichtige Finanzwirtschaft verschiedene Maßnahmen erfordern wird, die gehandhabt werden müssen, um nicht in unserem Staate in eine Defizitwirtschaft zu kommen. Es sind heute Tausende von Staatsbürgern, die draußen mit Hängen und Wanken auf die Entschliessungen des Nationalrates sehen werden. Der Nationalrat hat sich in der letzten Zeit, ja seit seinem Zusammentritt mit einer Reihe weittragender Wirtschaftsfragen beschäftigt. Wir haben hier wiederholt festgestellt, daß die Krise, in der wir uns befinden, keine österreichische, keine europäische, sondern eine Welterscheinung ist. Wenn ich die Wirtschaft überblicke, so komme ich immer mehr zu dem Ergebnis, daß es auch in der Weltwirtschaft eine Grenze der Entwicklung wird geben müssen. Die Konsumkraft der Bevölkerung in der ganzen Welt kann doch nicht willkürlich nach oben geschraubt werden, sie muß doch einmal eine Begrenzung haben, und diese Grenze zu finden und zu beachten ist jedenfalls eine der wichtigsten Aufgaben derer, die das Volk in diesem Staate zu vertreten haben.

Die Produktionssteigerungen sind namhaft. Wir haben heute in den Ausführungen des Abg. Dr. Otto Bauer einiges aus Amerika, aber auch einiges aus Rußland gehört. Diese Ziffern sind sicherlich sehr interessant; sie zeigen, daß die Produktion gesteigert, daß die Mittel zu ihrer Hebung immer mehr verfeinert werden und daß geistige und wirtschaftliche Größen ununterbrochen an der Arbeit sind, um den Spitzenleistungen zuzueilen. In der Weltwirtschaft gibt es nur mehr wenige Reservoirs, die Produkte in größerem Umfang aufzunehmen vermögen. Vielleicht sind es heute nur mehr Indien und China, die eine größere Konsumkraft einmal zu entwickeln vermögen. Wenn wir aber daneben an die Entwicklung in Rußland denken, so müssen wir nur wünschen, daß die vermehrte Produktion dieses großen Staatsgebildes letzten Endes in die von mir soeben genannten Länder abgelenkt werden möge; sonst wird auch uns einmal die russische Wirtschaftsentwicklung noch sehr ernst zu denken geben.

Österreich ist ein großer Konsument, und ich gebe denjenigen, welche die Behauptung aufstellen, daß der österreichische Staat in den Vertragsverhandlungen keine starke Position habe, nicht recht. Der österreichische Staat hat bei den Vertragsverhandlungen eine starke Position, insbesondere deshalb, weil alle importierenden Ostagrarrstaaten den größten Teil ihres Exports nach Österreich bringen. Wenn wir diese Stärke als Konsumenten auch bei den Verhandlungen entsprechend ausnutzen, wenn wir dabei nicht nur nach industriellen oder gewerblichen, sondern auch nach kaufmännischen Gesichtspunkten vorgehen, so bin ich überzeugt, daß wir nicht nur hinsichtlich unseres industriellen, sondern auch hinsichtlich unseres heute schon vorhandenen und in der

Zukunft noch dichter werdenden agrarischen Exports einen entsprechenden Einfluß ausüben können. (*Sehr richtig! in der Mitte.*) Es ist eine meiner Lieblingsideen, die ich schon seit vielen, vielen Jahren verfolge, daß aus dem Agrarexport für unser Österreich noch allerhand zu holen ist, nicht nur im Wege des direkten Exports, zum Beispiel von Butter, Käse, Obst und verschiedenen anderen Artikeln, sondern auch im Wege des Veredelungsverkehrs. Wir sind in der Lage, hochwertiges Viehmateriale an das Ausland abzugeben. Österreich ist heute, Gott sei Dank, so weit, daß es hervorragende Viehzüchter besitzt, und alle Oststaaten, aber auch die Südstaaten mit Zuchtmaterial zu befriedigen in der Lage wäre. Wenn wir zu höheren Sätzen pro Gewicht oder Stückinheit ausführen und zu billigeren einzuführen in der Lage sind, dann wird sich daraus ein Plus ergeben, das sich auf unsere Finanzen und auf unsere gesamte Volkswirtschaft nur wohlthuend auswirken kann. (*Sehr richtig! in der Mitte.*) Die österreichische Produktion ist ja schließlich und endlich noch nicht am Ende ihrer Kunst. In der Frage der Milchproduktion hat der österreichische Landwirt gezeigt, was er kann, indem er in verhältnismäßig kurzer Zeit den österreichischen Staat von einem Einfuhr- zu einem Exportstaat gemacht hat. Was auf dem einen Gebiet gelang, kann auch auf den anderen Gebieten verfolgt und in die Tat umgesetzt werden. Ich habe hier Ziffern zur Verfügung, die mir sagen, daß in Österreich noch ungefähr 480.000 Hektar zu meliorierendes Land vorhanden ist. Wenn nun diese Meliorationen einmal durchgeführt sein werden, die, wie unterrichtete Kreise behaupten, einen Aufwand von zirka 170 Millionen Schilling erfordern dürften, so würde sich hieraus abermals ein Jahreseinkommen der Landwirtschaft von 480 Millionen Schilling errechnen lassen. Ich bin aber der Meinung, daß eine Steigerung des Jahreseinkommens der Landwirtschaft gleichzeitig auch eine Hebung des allgemeinen Standards unserer Volkswirtschaft bildet, weil der bravste Konsument für unsere innerösterreichischen Erzeugnisse immer wieder der innerösterreichische Landwirt sein wird. Je mehr und je besser wir daher die Kaufkraft unserer Landwirtschaft auszugestalten in der Lage sind, um so besser wird es auch den anderen Zweigen unserer Wirtschaft, der Industrie, dem Handel und dem Gewerbe gehen. Handel, Gewerbe und Industrie empfinden es heute schon auf das bitterste, was es heißt, wenn die Agrarprodukte derart katastrophal im Preise sinken, wie wir es heute festzustellen in der Lage sind. Sie wissen ganz genau, daß auch ihre Beschäftigung zum großen Teil davon abhängt, daß der Bauer über entsprechende Einnahmen verfügt, die die Gesehungskosten zu decken imstande sind, die ihm aber auch einen bescheidenen Gewinn einzuräumen vermögen.

Unsere Handelsbilanz ist passiv. Gerade aus diesem Grunde sollten wir immer mehr trachten, die Konsumkraft der innerösterreichischen, und zwar der wichtigsten, der agrarischen Bevölkerung in der entsprechenden Art und Weise zu heben. Nun hat der Herr Abg. Dr. Bauer heute ausgeführt, daß es eine Katastrophe für die konsumierende Bevölkerung wäre, wenn eine Hebung des Preises für landwirtschaftliche Erzeugnisse erfolgen würde. Abg. Kollmann hat ihm bereits darauf erwidert. Ich möchte mir aber doch gestatten, auf diesen Gedanken ein wenig einzugehen und ihn ein wenig zu ventilieren. Ich habe schon bei Beratungen, die wir mit Industrievertretern hatten, feststellen können, daß man sich im allgemeinen auf den Stand der heutigen Preisbildung stellt und erklärt, eine Erhöhung der Preise — des Konsums wegen — keineswegs ertragen und vertragen zu können. Ja, soll denn die ganze Krise auf dem Rücken der Landwirtschaft ausgetragen werden? Soll den einzig und allein der Bauer derjenige sein, der den Preisabbau mitmacht, der hier Verluste über Verluste erleidet, der nur mehr 50 Prozent der Gesteungskosten, nur mehr 50 Prozent der Einnahmen zu verzeichnen hat? Sollen wir kein Recht besitzen, auch leben zu können? Soll das Proletariat auf dem Lande, soll die Not der Bauernschaft hier nicht ihren berechtigten Anwalt finden, wenn es gilt Methoden aufzuzeigen, die die so unhaltbaren Zustände beseitigen können? Wir fordern mit gleichem Recht das Leben für uns. Das Leben auf dem Lande ist aber unmöglich geworden. Der Bauer lebt heute in einem Stadium, in dem er sein Leben nur durch zwei Methoden fristen kann: durch Überarbeit und Unterkonsum. Diese beiden Methoden in ihrem Zusammenwirken machen es noch möglich, daß unter Hinzufügung des Raubbaues an den noch verbliebenen Besitzresten die Bauernschaft sich zur Not erhalten kann. Diese Tatsachen müssen aufgezeigt werden. Wir haben in einer verhältnismäßig kurzen Zeit den Getreidepreis um 50 Prozent fallen gesehen; wir haben gesehen, daß der Viehpreis in demselben Maße gesunken ist. Wir haben gesehen, daß der Schweinepreis zu einer Tiefe herabgeglitten ist, die hier wiederholt schon zu Erörterungen Anlaß gegeben hat, und wir sehen das gleiche, wenn wir die Verhältnisse bei den Weinbauern, wir sehen das gleiche, wenn wir die Lage der Milchproduzenten betrachten. Ja, wohin soll das letzte Endes bei gleichbleibenden Gesteungskosten führen? Die Landwirtschaft hat noch keine Verbilligungen gesehen. Sie muß heute noch die gleichen Aufwendungen machen, um produzieren zu können. Daher müssen wir immer und immer wieder fordern, daß die von uns als richtig erkannten Methoden einer Prüfung unterzogen werden, die letzten Endes zu dem von uns gewünschten Ergebnis führen soll, daß wir wiederum für unsere Arbeit den entsprechenden Lohn finden. Der

heutige Zustand kann und darf nicht verewigt werden.

Wir sind in neue Handelsvertragsverhandlungen eingetreten und beschäftigen uns auch mit neuen Zöllen. Die Handelsverträge, die in der jüngsten Zeit abgeschlossen wurden, sind bereits von mehreren Rednern meiner Fraktion in früheren Sitzungen des Nationalrates beleuchtet worden, wobei festgestellt wurde, daß sie die Landwirtschaft nicht zu befriedigen vermochten. Wir wünschen nunmehr Abänderungen und eine Gestaltung unserer Handelsverträge, die auch der Landwirtschaft gibt, was sie braucht; wir wünschen ferner jene Zölle, die uns eine Preisbildung garantieren, durch die die Gesteungskosten gesichert werden.

Ich stimme mit dem Herrn Abg. Kollmann vollkommen überein. Wir Landwirte fordern nicht mehr, als uns füglich gebührt. Aber das, was uns gebührt, wollen und werden wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu erkämpfen wissen. *(Beifall in der Mitte.)*

Ich habe schon früher die Bedeutung der Landwirtschaft für den Inlandmarkt erwähnt und darauf verwiesen, daß durch eine Förderung der Landwirtschaft auch eine Besserung der Verhältnisse bei den übrigen erwerbenden Schichten herbeigeführt werden kann. Daß das Bauernschicksal mit dem Schicksal unserer Gesamtwirtschaft in engstem Zusammenhang steht, ist wiederholt dargelegt worden. Ich möchte es nur nochmals unterstreichen und zugleich auch betonen, daß die Not der Bauernschaft ihre Vertreter in diesem hohen Hause zusammenführen wird und muß und daß wir im geeinten Bestreben und in geeintem Kampfe unsere Forderungen durchzusetzen wissen werden. *(Beifall in der Mitte.)*

Das Parlament hat eine Reihe von Arbeiten vor sich. Von allen Arbeiten aber, die dieses Parlament zu leisten hat, erscheinen mir die angedeuteten Wirtschaftsmaßnahmen als die wichtigsten. Ihre rascheste Durchsetzung müssen wir als nächste erste Arbeit dieses hohen Hauses unbedingt verlangen.

Es stehen aber noch eine Reihe anderer Probleme zur Erörterung. Es soll nunmehr die Frage der Wahlreform zur Behandlung kommen. Wir haben die größte Aufmerksamkeit darauf verwendet, um zu hören, was die Bevölkerung von einer Wahlreform verlangt und mit Recht verlangen kann. Sie fordert in erster Linie, daß endlich einmal von dem Ernennungssystem — denn das heutige System der Wahl ist ja schließlich und endlich kein Wahlsystem — abgegangen und dem Wähler die Möglichkeit gegeben wird, auch auf die Person des zu Wählenden entsprechenden Einfluß zu nehmen. Wir haben zu große Wahlkreise, die einen Kontakt der Abgeordneten mit der Wählerschaft nicht in hinreichendem Maße ermöglichen. Auch nach dieser Richtung hin wird eine Abänderung vorzunehmen

sein. Es wird ferner behauptet, daß wir heute schon ein gleiches Wahlrecht hätten. Aber wenn wir uns die Tatsache vor Augen halten, welche verschiedene Stimmenzahlen erforderlich sind, um ein Mandat in diesem Parlament zu erlangen, so müssen wir sagen, daß das gleiche Wahlrecht erst geschaffen werden muß und daß das bestehende diesen Namen nicht verdient. Und so werden noch eine Reihe anderer Forderungen und Wünsche austauschen, die gelegentlich der Beratung der Wahlreform dieses Haus beschäftigen und hoffentlich auch zur Annahme gelangen werden. Die Bevölkerung erwartet und wünscht eine Reform der Wahlordnung, und diese rechtzeitig, das heißt, noch vor den nächsten Wahlen durchzuführen, wird wohl eine der Hauptaufgaben dieses Hauses sein.

Das Problem der Sozialversicherung ist heute schon wiederholt beleuchtet worden. Daß eine Reform der Sozialversicherung notwendig ist, darüber sind sich die weitesten Kreise der österreichischen Bevölkerung einig. Wir können uns auch eine Reihe von Reformen vorstellen, die zum Beispiel darauf hinauslaufen, daß gewisse Arbeitergruppen nicht so behandelt werden, wie man sie heute behandelt. Ich erinnere daran, daß Saisonarbeiter aus dem Grunde im Sommer eine höhere Entlohnung bekommen, damit sie in der Zeit, in der ein Stillstand der Wirtschaft eingetreten ist und sie keine oder eine geringere Beschäftigung haben, auch durchzukommen vermögen. Man wird über das Kapitel der Versicherung der Saisonarbeiter ein sehr ernstes Wort zu reden haben. Man wird auch darüber reden müssen, was die Institute im Verhältnis zu ihren geforderten Leistungen aufzuwenden in der Lage sind, und man wird auch darüber sprechen müssen, ob die Zaghaftigkeit, mit der man bei der produktiven Arbeitslosenfürsorge zu Werke geht, nicht eine entsprechende Belebung erfahren könnte. Allerdings darf sich diese produktive Arbeitslosenfürsorge nicht so auswirken, wie dies etwa bei dem Bahnbau Jeldbach—Gleichenberg der Fall war, wo man 2000 Arbeitslose einstellen mußte, um 800 auf dem Bau zu haben, wo die Leistung 50 Prozent der normalen Arbeitsleistung betragen hat, somit die Kosten der Baudurchführung wesentlich höher gekommen sind, als wenn man den Bau mit geschulten Arbeitskräften durchgeführt hätte. Es wird auch hierfür Möglichkeiten geben, bei denen man durch eine entsprechende Auswahl der Arbeiter in gesundheitlicher Hinsicht, in Hinsicht auf ihr Können und auf ihre frühere Arbeit jedenfalls zu einem richtigen Ergebnis kommen kann.

Dies seien nur einzelne Ausschnitte aus diesem großen Problem, die bereits aufzeigen, daß es nicht so ist, wie Abg. Dr. Bauer es hier dargestellt hat, daß die Sozialversicherungsreform lediglich deshalb gemacht werden soll, um armen Menschen ihr Brot und ihren notwendigen Unterhalt zu nehmen. Wir

selbst sind dafür, daß man denjenigen, die keine Arbeit finden können, eine entsprechende Unterstützung gewährleistet. Aber denjenigen, die Arbeit finden können, soll man Arbeitsgelegenheit bieten, dann werden wir damit produktiv für unseren Staat neue Werte schaffen.

Es wird viel vom Beamtenabbau gesprochen. Ich bin der Meinung, daß über dieses Thema erst dann ernstlich gesprochen werden kann, wenn eine Verwaltungsreform durchgeführt wird. Solange es so wie heute immer noch notwendig erscheint, daß man auf einem Aßt unbedingt ein Duzend Unterschriften hat, solange wird keine Möglichkeit gegeben sein, einen Abbau der Beamten, also jener Arbeiter vorzunehmen, die dieses Duzend von Unterschriften darauf zu setzen haben. Ich glaube, daß, wenn die Regierung hier ernstlich zupackt und das Problem in seiner ganzen Größe anzupacken bereit ist, es möglich sein wird, hier rechtzeitig entsprechende Reformen zu schaffen und damit dann sicherlich einen Abbau des Beamtenapparates durchzuführen.

Ich habe in großen Zügen ein allgemeines Bild gegeben, wie wir augenblicklich die Situation betrachten. Ich habe namens des Landbundes noch zu wiederholen, daß wir, wie ich bereits eingangs erklärt habe, bereit sind, für das Budget zu stimmen, weil dieses Budget nur als ein Rahmen, als eine Höchstgrenze jener Ausgaben aufzufassen ist, die durch tatsächliche Einnahmen ihre Bedeckung finden.

Wir glauben aber auch daran, daß die Regierung alle Maßnahmen treffen wird, die notwendig sind, um unserer hart bedrängten Wirtschaft durch eine Absenkung der Lasten Hilfe zu geben.

Ich will schließlich noch der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Wirtschaftskrise, die einen ungeheuren Tiefstand unserer Volkswirtschaft herbeigeführt hat, endlich an ihrem tiefsten Punkte angelangt ist und ein baldiger Wiederaufstieg uns auch ehestens neuerlich bessere Zeiten erhoffen läßt. *(Beifall in der Mitte. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Straffner den Vorsitz übernommen.)*

Dr. Hueber: Sehr verehrte Frauen und Männer! Ich muß auf eine Bemerkung des Herrn Vorredners zurückkommen, der gemeint hat, man hätte erwartet, daß der Heimatblock für das Budget stimmen werde. Ich glaube, der Heimatblock wird vielleicht mitunter noch etwas tun müssen, was Sie von ihm nicht erwarten. Aber sachlich möchte ich feststellen, daß der Herr Vorredner seine Ansicht damit begründet hat, daß wir in der Regierung Vaugoin-Starhemberg gesessen sind, unter der das Budget eingebracht worden ist. Nebenbei bemerkt, ist das jene Regierung, die mit Hilfe des Ruhe- und Ordnungsblockes neulich tagfrei den Titel „privilegierte Räuberbande“ bestätigt erhielt. *(Zwischenruf Prodinger.)* Jawohl, Herr Abg. Prodinger, Sie haben dafür gestimmt, Sie

haben gegen die Auslieferung des betreffenden Abgeordneten gestimmt.

Nun könnte ich mich, um zur Sache selbst zu kommen, sehr einfach dadurch aus der Affäre ziehen, daß ich mich auf den rein formalen Standpunkt stelle und erkläre: Damals hat es noch keine parlamentarische Fraktion unter dem Namen „Heimatblock“ gegeben, Starhemberg und ich sind nicht als Heimatblockleute, sondern als Vertreter der gesamten Heimatwehrbewegung in der Regierung gewesen. Ich will mich aber gar nicht auf diesen formal-juristischen Standpunkt zurückziehen, sondern werde auch sachlich antworten. Das Budget ist nicht das Budget der Regierung Baugoin-Starhemberg, sondern fußt auf jenen Gesetzen, die unter den früheren Regierungen zustande gekommen sind. Da zur Zeit der Regierung Baugoin-Starhemberg die gesetzgebende Körperschaft nicht tagte, bestand keine Möglichkeit, die Gesetze abzuändern, diese müssen diejenigen Herren, die auf dem Standpunkte der Ruhe, Ordnung und Verfassungsmäßigkeit stehen, zu allererst begreifen. Also nicht unser Budget ist es, sondern das Budget, das durch jene Gesetze, die unter früheren Regierungen geschaffen wurden, bedingt war. Die Einbringung dieses Budgets war daher ein rein formaler Akt, den wir nicht verhindern konnten, es war einfach die Einhaltung eines gesetzlich festgelegten Kalenderterminals, aus der weiter gar keine Schlüsse zu ziehen sind.

Nun hat sich aber auch in materieller Beziehung seither noch allerlei geändert. Zu der Zeit, als das Budget eingebracht wurde, hat sich der Herr Finanzminister über die voraussichtliche Einbringlichkeit der Steuereingänge sehr optimistisch geäußert. Die Wirtschaftslage ist aber nicht auf dem damaligen Standpunkte stehengeblieben, wie wir alle wissen, hat sie sich seither katastrophal verschlechtert. Wenn also die Einnahmen des Budgets dazumal wirtschaftlich noch zu rechtfertigen gewesen wären, so trifft diese Voraussetzung heute längst nicht mehr zu, daher finden wir uns absolut nicht verpflichtet, für das Budget zu stimmen, das damals als formaler Akt dem Ständigen Ausschuss vorgelegt wurde. Wir würden aber trotzdem, wenn wir die präliminierten Einnahmen des Budgets für einbringlich hielten, wenn wir glaubten, daß sie bei der heutigen Wirtschaftslage überhaupt einbringlich wären, für das Budget stimmen, denn wir stellen uns absolut nicht auf den Standpunkt parlamentarischer Bosheit, daß wir deshalb das Budget um jeden Preis niederstimmen müßten, weil wir momentan nicht in der Regierung sitzen. Das liegt uns vollkommen fern; aber wir hätten gewünscht, daß die Regierung und auch das Parlament der jetzigen Wirtschaftslage Rechnung tragen und einschneidende Maßnahmen zur Hebung der Wirtschaft beschließen oder wenigstens anbahnen,

wenn man schon dieses Budget trotz der verschlechterten Wirtschaftslage aufrechterhält.

Es sind manche Themen, die uns auch liegen und mit denen wir uns auch sehr eingehend befassen, wie Sie ja in den nächsten Tagen sehen werden, angeschnitten worden, allerdings nur sehr leicht angeschnitten. Ich glaube, anzuschneiden wäre vor allem einmal das Grundproblem, an dem wir heute krankten, das ist, daß rings um uns jeder Staat seine nationale Wirtschaft mit aller Kraft auszubauen trachtet und daß einzig und allein unser verarmtes und an allen seinen Grenzen verstümmeltes restliches Deutschösterreich noch gar keine Anstrengung in dieser Richtung gemacht hat, sondern noch immer sich in freihändlerischen Wahnbildern fortbewegt, aus denen es sich scheinbar nicht befreien kann. Wenn Sie einmal entscheidende Maßnahmen treffen, sei es im Interesse der Landwirtschaft durch Schaffung des Getreidemonopols, durch Schaffung einer Viehverkehrszentrale, meinetwegen auch durch die Hebung der Schweinezucht — wir halten das nicht für den Hauptfaktor der Landwirtschaft, aber wir sind nicht abgeneigt, auch über solche Dinge zu reden —, besonders auch über den Schutz der einheimischen Industrie gegenüber der ausländischen Industrie, mit einem Worte, wenn Sie einmal mit Ernst das Problem angehen, das wir die Ausbildung der vaterländischen Wirtschaft nennen, dann werden wir vielleicht auch eine andere Stellung zur Regierung und zu dem, was sie zu vertreten hat, einnehmen. *(Beifall auf der äußersten Rechten.)*

Manhalter: Hohes Haus! Die heutige Debatte über das Budget bewegt sich bemerkenswerterweise am meisten in den land- und forstwirtschaftlichen Positionen, die im Budget enthalten sind. Das ist gewiß ein Zeichen der besonderen Wichtigkeit dieser Positionen, ihrer einschneidenden Bedeutung für unsere gesamte Volkswirtschaft, und ich begrüße es, daß auch von Seiten der Opposition in diesem Hause heute in einer so sachlichen Weise über diese Fragen gesprochen wurde. Wohl läßt sich gegen die Ausführungen des Herrn Dr. Otto Bauer polemisieren. Wir teilen seinen Standpunkt in sehr vielen Belangen nicht. Wenn insbesondere Herr Dr. Bauer gesagt hat, die von uns geforderte Erhöhung der Agrarzölle bedeute eine Erhöhung des Roggenmehlspreises um 46 Prozent, des Brotpreises um 30 Prozent, des Fleischpreises um 16 Prozent, so müssen wir Bauern hier schon fragen: Warum spricht man denn in diesem Parlament nicht darüber, welchen Verlust der Preissturz für die Landwirtschaft bedeutet hat? Wenn Sie den Bleistift zur Hand nehmen, werden Sie bei den geringsten Einfuhr- und Auftriebsziffern des Wiener Marktes finden, daß der Preissturz auf dem Wiener Viehmarkt und bei den Brot- und Mehlaufschläben nach Wien allein einen Verlust von

220 Millionen Schilling für die österreichische Landwirtschaft ergibt.

Nun geht man daran, Abhilfe zu schaffen, Mittel dagegen ausfinden. Hier sagt nun der Führer der sozialdemokratischen Partei, er begreife es sehr wohl, wenn die Landwirtschaft die Forderung aufstellt, daß die Schweineproduktion geschützt werde, er könne aber nicht zustimmen, wenn ein Schutz für den Getreidebau verlangt wird; er bezeichnete es auch als eine Utopie, die Produktion von Rindern in Österreich durch Zölle zu schützen. Diesen Ausführungen muß ich ganz entschieden entgegenreten. Wenn immer wieder gesagt wird, die Aufstellung agrarischer Zölle verhindere den Export industrieller Waren aus Österreich, so möchte ich einmal einen ganz Unbefangenen fragen, ob uns die auswärtigen Staaten mehr abkaufen würden, wenn wir gar keine Agrarzölle hätten. Im Gegenteil: sie bräuchten dann überhaupt nicht auf Österreich Rücksicht zu nehmen, sie würden Österreich als Nichts in den Vertragsverhandlungen behandeln, und wir würden der Tatsache gegenüberstehen, daß zwar die auswärtige landwirtschaftliche Produktion unseren einheimischen Markt vollständig überfluten würde, daß aber unsere Industrie gar nichts davon hätte.

Nun wird die Frage aufgerollt, ob die Agrarier die ganze Front der Zölle halten wollen. Kein Rinderzoll, kein Getreidezoll, nur bei Schweinen! Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Grundlage jeder Landwirtschaft in jedem Staat der Getreidebau ist. Gewiß spielt er in unserem Lande infolge seiner Konfiguration nicht jene überragende Rolle, die ihm in anderen Agrarstaaten zukommt. Trotz alledem sind es die Getreidepreise, die dazu führen oder die der Anstoß waren zu dem großen Glend, das heute über die Landwirtschaft hereingebrochen ist. Ein Land ohne Getreidebau ist den Nachbarländern in jeder Hinsicht ausgeliefert, und wir müssen daher schon aus Volks-, aus nationalen Rücksichten heraus, um unserem Volk den gesunden Boden zu erhalten, trachten, die Getreidewirtschaft als integrierenden Bestandteil der gesamten landwirtschaftlichen Produktion in Österreich zu erhalten. Das ist natürlich nur möglich, wenn wir sie durch Zölle schützen.

Wohl hat Herr Dr. Bauer hier ausgeführt, daß er daran glaubt, daß wir noch sehr lange Zeit niedrige Getreidepreise auf dem Weltmarkt haben werden, und er führt als Ursache dafür die Mechanisierung der Landwirtschaft in Amerika und auch im agrarischen Osten Europas, in Rußland, an. Ich muß ihm in dieser Hinsicht recht geben. Die Einführung der Technik in die amerikanische Großlandwirtschaft, die Einführung der Technik jetzt in die russische Großlandwirtschaft wird gewiß dazu beitragen, daß die Frage der Preisbildung auf dem Getreidemarkt immer wieder unter dem Druck dieser

ungeheuren Produktion stehen wird. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß wir als kleiner Staat darauf verzichten sollen, unsere eigene Landwirtschaft zu behalten. Es muß hier ein Ausweg gefunden werden, und wir Bauern, die Viehzüchter sind, die die Gebirgsbauern vertreten, gehen hier Hand in Hand mit jenen aus der Ebene, weil wir wissen, daß die Landwirtschaft ein untrennbares Ganzes bildet.

Bei der Schweineproduktion ist sehr richtig ausgeführt worden — und hier pflichte ich dem Herrn Dr. Bauer vollständig bei —, daß eine Vergrößerung der heimischen Produktion sehr am Platze wäre, daß man hier schon alles versucht hat, diese heimische Produktion zu vermehren. Nur hat Herr Dr. Otto Bauer nicht gesagt, woran dieser Versuch gescheitert ist. Dieser Versuch ist daran gescheitert, daß der österreichische Bauer für sein produziertes Schwein nicht einmal den Festehungspreis in Wien bekommen hat. Das war die Ursache des Niederganges der Ablieferung von Inlandschweinen auf den Wiener Markt. Ich muß schon sagen, daß die Ansicht meines Herrn Vorredners Kollmann vollständig richtig ist, wenn er sagt, man soll bei jedem Schilling, den man ausgibt, darauf schauen, ob er im Inland bleibt oder in das Ausland abwandert. Wenn wir dieses Wort beherzigen und auf die österreichische Schweineproduktion anwenden, so bedeutet es, daß es für unsere Volkswirtschaft, für unseren Inlandmarkt besser ist, etwas tenerere österreichische Schweine in Wien zu kaufen, als durch ein Dumping polnischer Schweine den Markt vollständig demolieren zu lassen und das Geld — ungefähr 100 Millionen Schilling — nach Polen auswandern zu lassen, das uns keinen Gegenwert dafür bietet.

Es wird bei allen Ausführungen, die heute bei Handelsverträgen gemacht werden, bei wirtschaftlichen Verhandlungen darauf hingewiesen, daß wir Export brauchen, aber ich vermiße bei allen diesen Enqueten und Besprechungen eine größere Aufmerksamkeit gegenüber dem Inlandmarkt. Der Inlandmarkt ist und bleibt der sicherste Abnehmer der österreichischen Industrie, und weil der Inlandmarkt durch die Verarmung und Verelendung der österreichischen Landwirtschaft demoliert wurde, darum stehen heute so viele Fabriken still, darum klagen heute so viele Gewerbetreibende, daß sie keine Beschäftigung haben. Sie brauchen bei der großen Anzahl der Bauernfamilien — und wir haben nach der Statistik über 600.000 Bauernfamilien mit einem Besitze von über 10 Hektar — nur annehmen, daß eine Besserung der Einnahmen des Bauern dazu führen würde, daß jeder Bauer um 300 S im Jahr mehr investiert — er braucht diese Summe nicht einmal in seinen Betrieb hineinzustecken, er braucht nur die notwendige, jetzt schon äußerst notwendig gewordene Nachschaffung von Gewand, Schuhen und anderen unmittelbaren Lebensbedürf-

nissen vorzunehmen —, so würde das schon eine Erhöhung des Umsatzes auf dem Inlandmarkt um 180 S bedeuten. Wenn man diese Summe mit den Rußlandkrediten vergleicht, für die so viel Tamtam gemacht und das äußerste finanzielle Entgegenkommen gezeigt wird, wenn man die Ausfuhr nach Rußland, die mit 40 Millionen bewertet wird, mit der Möglichkeit vergleicht, durch ein besseres Einkommen des österreichischen Bauern den Inlandmarkt durch 180 Millionen zu beleben, so ist am besten dargestellt, wo bei uns der Hund begraben ist.

Es ist auch gesagt worden, daß die Zölle für Rinder untragbar sind und die Rinderzucht in Österreich eine Utopie sei. Wie stellen Sie sich ein Österreich ohne Rinderzucht vor? Das würde eine vollständige Verödung aller Alpentäler bedeuten. Und in den Alpentälern, in denen keine Rinder gezüchtet werden, ist auch die Schweinezucht nicht möglich. Mit dem Ausscheiden der Rinderproduktion aus der österreichischen Landwirtschaft wäre der Kern unserer Produktion getroffen, und in unserer Wirtschaft würden unerträgliche Verhältnisse entstehen.

Wir haben uns daher auf hohe Rinderzölle festgelegt, denn wir wollen, daß unseren Gebirgsbauern von diesem Staate etwas geboten wird. Wir wollen, daß es ihm ermöglicht wird, Rinder zu züchten, und wir werden Ihnen einen Weg zeigen, auf dem es möglich ist, diese Rinder als finalisierte, als vollständig fertiggemachte Rinder, auf den Wiener Markt zu bringen. Der Staat muß sich nur dazu aufschwingen, einen ganz minimalen Mastkredit zu gewähren, der es dem Flachlandbauern ermöglicht, Rinder aufzukaufen und zu mästen und so dem Wiener Markt ein erstklassiges Qualitätsrind zur Verfügung zu stellen.

Alle Redner haben heute am Schlusse erklärt, daß das Budget Schattenseiten aufweist, daß seine Ausgaben so gewaltig gestiegen sind, daß es ganz gewaltig erhöhte Einnahmen für den Staat aufweist und daß es der Bevölkerung nicht möglich sein wird, dieses Budget zu erfüllen.

Hohes Haus, auch wir könnten uns ein schöneres Budget vorstellen. Auch wir könnten uns vorstellen, daß man weniger ausgibt und so weniger vom Steuerträger zu fordern gezwungen ist. Wir wissen, wie schwer es heute dem Steuerträger draußen wird, die nötigen Beträge aufzubringen. Wir wissen aber auch, daß wir in der jetzigen Zeit nicht anders können, als dieses Budget bewilligen. Eine Verweigerung dieses Budgets würde ein Chaos in der Wirtschaft hervorrufen, und niemand in diesem Hause, der es mit der österreichischen Wirtschaft ernst meint, der es mit der Aufrechterhaltung dieses Staates ernst meint, kann auch nur daran denken, diesen Staat in ein solches Chaos zu stürzen. Dieser Umstand, daß wir wissen, daß es für uns und für niemanden in diesem Hause momentan einen besseren Ausweg gibt, bewegt uns zu erklären, daß auch die bäuerlichen Abgeordneten innerhalb der christlichsozialen Partei für dieses Budget stimmen werden. Wir müssen in der nächsten Zeit alles daransetzen, daß wir wenigstens im nächsten Jahr ein Budget vor uns haben, das den Anforderungen der schwer gedrosselten Wirtschaft Rechnung trägt, und ich hoffe, daß wir ein Budget mit so hohen Ausgaben- und Einnahmensummen, wie es das jetzige ist, nicht mehr auf dem Tische des Hauses vorfinden werden. *(Lebhafter Beifall rechts.)*

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Die Regierungsvorlage B. 64 wird dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

An Stelle Wiesmaier als Mitglied und Hölzl als Ersatzmann des Finanz- und Budgetausschusses werden Markschlager, beziehungsweise Leskovar, Dr. Drexler, Dr. Stögner und Dr. Kolb gewählt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 11. Februar, 1 Uhr mittags. Tagesordnung:

Fortsetzung der Generaldebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1931 (B. 39).

Schluß der Sitzung: 6 Uhr 35 Min. abends.

